

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Nifringhaus, Berlin.
Verleger: Kurt Dörfel 4196/4196



Redaktion für Druck und Gestaltung:
Berlin OS 61, Dorotheenstr. Post 6
Druckerei: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme beträgt 4 Bogen
vor dem Druckbeginn, wenn nicht anders besondert 2. Abnahmepreis für beide Teile 4 Bogen.

Berlin, den 9. Januar 1930

Rom und Genf.

(Von unserm Korrespondenten)

SPD. Genf, den 9. Januar (Eig. Bericht)

Die faschistische Pressehetze gegen die Schweiz und insbesondere gegen Genf wegen angeblicher Duldung antifaschistischer Attentatsvorbereitungen nimmt ihren Fortgang, ohne dass in dieser Hinsicht bisher auch nur die Spur eines Verdachtes hätte gefunden werden können. Vielmehr lässt die schweizer Polizei offiziös mitteilen, dass einige "von ausländischer Stelle" der schweizerischen Polizei mitgeteilte Indizien sich als falsch erwiesen hätten. Tatsächlich zeigt sich immer mehr, dass es der Regierung Mussolini gar nicht so sehr auf die Sicherheit ihrer Völkerbundsdelegation ankommt, sondern der Feldzug gegen die Schweiz ganz bestimmte politische Hintergründe und Ziele hat. Die Situation der 12 000 Mann starken italienischen Kolonie in Genf und verschiedene Vorgänge innerhalb der Vereinigung der Völkerbundsjournalisten sind geeignet, diese Hintergründe der italienischen Politik zu beleuchten.

Was die italienische Kolonie in Genf betrifft, so ist sie dem italienischen Konsul in Lausanne ein Dorn im Auge, weil es bisher noch nicht gelungen ist, die Mehrheit der Kolonie zum allein-seligmachenden Faschismus zu bekehren. Trotz offener und versteckter Drohungen mit Geschäftsschädigungen, Passschwierigkeiten usw. hält sich der grösste Teil der italienischen Kolonie in Genf von allen faschistischen Kundgebungen fern, und der Genfer Faszio leidet trotz aller Unterstützung von Lausanne und Rom aus an ständigem Mitgliederchwund. Andererseits herrscht in der italienischen Kolonie in Genf ein reges geistiges Leben, beileibe weder anarchistischer noch kommunistischer Färbung. Aber die faschistische Regierung in Rom hat vielleicht recht, dass dem passiven Widerstand der Genfer Italiener gegen den Faschismus das Rückgrat dadurch gebrochen werden kann, wenn man die geistigen Führer der genfer Kolonie, und seien es auch nur die völlig unpolitischen Vorstände der Unterhaltungsvereine zum Verlassen Genfs zwingt. Aus diesem Grunde wird dem Kanton Genf in der faschistischen Presse unverblümt angedroht, dass man die Verlegung des Völkerbundssitzes - was für Genf einen unübersehbaren wirtschaftlichen und moralischen Schaden bedeuten würde - fordern werde, wenn Genf nicht energisch gegen die Antifaschisten vorgehe. Wobei unter Antifaschisten natürlich alle Italiener verstanden werden, die nicht zum Faszio gehören. Mehrfach's Zurückweichen der gegenüber Italien überaus ängstlichen auswärtigen Politik des schweizer Bundesrates Motta hat es Rom im übrigen auch inzwischen wieder ratsam erscheinen lassen, sich des Bundesanwalts und der Berner Regierung zu bedienen, um auf den Kanton Genf einen Druck auszuüben.

Gefährlicher noch als die passive Resistenz des Hauptteils der Genfer italienischen Kolonie drückt den Faschismus die Zulassung nichtfaschistischer italienischer Journalisten beim Völkerbund. Sich darüber beklagen, heisst aber den Faschismus selbst anklagen. Denn es handelt sich in der Mehrzahl um ita-

lienische Journalisten, die als Vertreter oder freie Mitarbeiter italienischer verhältnismässig unpolitischer Blätter in Genf schon vor dem faschistischen Gewaltstreich ansässig waren und die von ihren Zeitungen gekündigt wurden, weil die faschistische Herrschaft nach der Unterdrückung der freien Presse in Italien die Besetzung der Auslandsposten mit wachechten Faschisten verlangte. Bei diesen Kündigungen ist unter dem Druck des Faschismus von den Verlegern zum Teil mit einer Brutalität und Rücksichtslosigkeit vorgegangen worden, die wirklich nicht dazu angetan war, jene Journalisten, die zum Teil ziemlich weit rechts standen, zu Freunden des Faschismus zu machen. Es ist vorgekommen, dass ein Familienvater von Zeitung zu Zeitung gehetzt wurde, bis schliesslich auch der letzte italienische Verleger in einer kleinen Provinzstadt ihm ankündigen musste, dass er ihn nicht mehr beschäftigen könne, da der faschistische Kommissar es verbiete. Der betreffende Journalist lebt heute als Kontorangestellter in einer französischen Fabrik in äusserst ärmlichen Verhältnissen. Natürlich gibt es neben den unpolitischen italienischen Journalisten auch solche, Angehörige der italienischen sozialistischen Partei und andere, die es als ihre Aufgabe betrachten, der italienischen Politik in Genf auf die Finger zu sehen. Beneidenswert ist ihre Lage nicht, denn das Völkerbundssekretariat bzw. der Völkerbundssekretär versuchen mit seltenem Eifer ein freundschaftliches Verhältnis zu den Machthabern Italiens aufrechtzuerhalten, wobei sie oft bis hart an die Grenze der mit der demokratischen Pressefreiheit zu vereinbarenden Möglichkeiten gehen. U.a. musste z.B. unter dem Druck des Völkerbundssekretärs ein italienischer sozialistischer Korrespondent, der den Völkerbundsdienst des "Daily Herald" in London versieht, von seinem Posten im Vorstand der Vereinigung der Völkerbundsjournalisten "freiwillig" zurücktreten.

Erinnert man sich zu alledem, dass das Völkerbundssekretariat wie das internationale Arbeitsamt sich bei allen möglichen Anlässen - internationales Lehrfilminstitut, Gottgardaffäre, Internationales Agrarinstitut, usw. - der römischen Herrschaft gegenüber so entgegenkommend wie möglich gezeigt haben, so begreift man, dass der Faschismus die Genfer internationalen Institutionen als Einrichtungen ansieht, die mit etwas Nachdruck und politischer Gerissenheit zu Werkzeugen zur Bekämpfung des antifaschistischen Lagers gemacht werden können. Der Augenblick zu einem solchen Vorgehen mag besonders günstig erscheinen, weil Frankreich, das bei früheren Gelegenheiten verschiedentlich den faschistischen Ansprüchen im Völkerbund entgegentrat, zur Zeit gezwungen ist, sich Italiens Entgegenkommen auf der Londoner Seeschiffahrtskonferenz zu sichern.

SPD. Vor dem Preussischen Untersuchungsausschuss über die Raiffeisenbank usw. wurde am Donnerstag als Zeuge der Russe Uralzeff vernommen, der mit nicht weniger als 20 Mill. Mark an dem Fiasko der Raiffeisenbank beteiligt ist. Nach den bisherigen Untersuchungen steht fest, dass die Raiffeisenbank diesem unbekanntem Abenteurer in leichtfertigster Weise Millionen über Millionen in den Hals geworfen hat, deren angebliche Sicherheiten sich bei der Realisierung als nahezu wertlos erwiesen.

Die Vernehmung Uralzeffs vollzieht sich im auffälligen Gegensatz etwa zu der Sklarek-Vernehmung unter völliger Teilnahmslosigkeit der Öffentlichkeit. Der Zuhörerraum ist fast leer, auch die Presse ist nur schwach vertreten. Uralzeff selber, der gleich zu Beginn der Sitzung hereingerufen wird, ist ein mittelgrosser, schlanker Mann mit auffällig hohem kahlem Scheitel, dessen dunkle Augen unter gewölbten Brauen einen eigenartigen Ausdruck von Verschlagenheit aufweisen. Den "hypnotischen Einfluss", den er auf die Direktoren der Raiffeisenbank ausgeübt hat, vermag man allerdings nicht zu ermessen. Er spricht ziemlich fließend deutsch mit leicht russischem Akzent, sich nur zu-

weilen durch falsche Satzstellung als Ausländer verratend.

Uralzeff schildert ziemlich temperamentvoll seine Beziehungen zur Raiffeisenbank. Er behauptet, dass nicht er die Raiffeisenbank, sondern die Raiffeisenbank ihn hereingelegt habe. Er ist zur Raiffeisenbank durch den Prokuristen Krause gekommen, den er im Weinhaus Pfuhl kennengelernt hat und der sein Duzfreund war. Seine Geschäfte mit der Raiffeisenbank, die der Abteilungsdirektor Lange abschloss, seien so lange normal verlaufen, bis die Raiffeisenbank ihm das bekannte Ostwollepaket für 6,8 Mill. angehängt habe. Das Objekt sei für ihn zu grosse gewesen, er habe das Paket an holländische Freunde vermitteln wollen, aber selber das Obligo für dies Geschäft übernommen. In Holland habe das Paket ein Herr Kössler erworben und auch 37 000 englische Pfund darauf angezahlt. Als Uralzeff Kössler wiederum besuchte, war dieser sehr aufgeregt und erklärte, das ganze Geschäft sei ein aufgelegter Betrug. Das Ostwollepaket sei in Wirklichkeit nichts wert. Er drohte mit Polizei und sofortiger Verhaftung, wenn er sein Geld nicht wieder bekäme. "Meine Herren, mit der holländischen Polizei ist nicht zu spassen" (Grosse Heiterkeit). Uralzeff will Kössler das Geld aus eigenen Mitteln zurückerstattet haben, weil er sich als Ausländer schutzlos gefühlt habe.

Uralzeff geht dann auf die Läger ein, die er der Raiffeisenbank verpfändet habe. Es seien alles hochwertige Waren gewesen, aber die Raiffeisenbank habe sie zu lächerlichen Schundpreisen verschleudert. Ebenso habe man es mit seiner Villa gemacht, die mit Inventar einen Wert von anderhalb Millionen gehabt habe. Echte Gemälde alter Meister seien im Auktionskatalog einfach als "Bilder" aufgeführt und für 100 bis 200 Mark verschleudert worden. Seine wertvolle Sammlung echter Perserteppiche sei verschwunden, obwohl sie in einem Zimmer eingeschlossen war, zu dem nur Generaldirektor Dietrich den Schlüssel gehabt habe. Ebenso seien aus dem berühmten Juwelenkästlein, das er der Bank als Sicherheit gegeben habe, alle wertvollen Stücke abhanden gekommen. - Bericht-erstatte Abg. Kuttner: "Hatten Sie ein Inventar?" Uralzeff: "Jawohl, ein Inventar wurde in zwei Ausfertigungen zu den Akten gegeben. Das Inventar muss erweisen, dass die später für 15 000 Mark veräusserten Sachen nur ein kleiner Teil und zwar der wertloseste, des Kassetteninhalts waren. Immer wieder fragt Uralzeff: "Wo sind die Sachen geblieben?" Meine Fabrik in Radebeul, fährt Uralzeff fort, war der modernste chemische Betrieb in ganz Deutschland. Wo sind die wertvollen Maschinen hin? Die Raiffeisenbank hat alles verfaulen lassen. Uralzeff schliesst mit den Worten: Wenn die Sicherheiten auf diese Weise verschleudert werden, so hätte ich auch für 100 Mill. Mark Sicherheiten geben können und es wäre doch ein Schaden entstanden.

Auf Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden Abg. Leinert, der die Verhandlung leitet, werden nun die einzelnen Geschäfte Uralzeffs der Reihe nach ausführlich erörtert. Es kommt zunächst das Ostwollegeschäft an die Reihe. Hier spielen eine besondere Rolle 300 000 Mark, die in geheimnisvoller Weise Uralzeff gezahlt und auf ein Spezialkonto Lange-Krause verbucht wurden. (Beides Prokuristen der Raiffeisenbank). Uralzeff behauptet, dass dieses Konto in Wirklichkeit in London bei einer Bank Jaffé & Co. geführt wurde. Massvolles Erstaunen der anwesenden Raiffeisendirektoren, die hiervon keine Ahnung haben wollen. Uralzeff: "Bitte Herr Dr. Seelmann, bitte Herr Direktor Schwarz, Sie haben doch selbst Ihre Unterschrift dazu gegeben." (Grosse Bewegung).

SPD. Paris, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Affäre der angeblichen antifaschistischen Verschwörung beginnt man jetzt endlich klarer zu sehen. Enthüllungen der links stehenden "Volonté" wenigstens scheinen den Beweis dafür zu liefern, dass es sich bei der ganzen Geschichte um das Werk von faschistischen Lockspitzeln und Provokateuren handelt. Danach sind die "Verschwörer" Tarchiani, Cianca und Sardelli auf eine

Anzeige der italienischen Botschaft hin verhaftet worden. Die italienische Botschaft wiederum hat ihre Informationen von einem ihrer Lockspitzel namens Menapace bezogen.

Dieser Menapace hat bereits mehrere Fälle auf dem Gewissen, in denen er Unschuldigen einen Strick zu drehen wusste und ihre Verhaftung veranlasste. So hatte er u.a. mit dem ebenfalls unter Attentatsverdacht verhafteten Professor Bernieri in Brüssel zusammengewohnt, sich sein Vertrauen zu gewinnen gewusst und dann seine Verhaftung durch die belgische Kriminalpolizei veranlasst, nachdem er vorher einen Revolver gekauft und ihn dem Professor in die Tasche geschmuggelt hatte. Bernieri, der keine Ahnung von der Existenz des Revolvers hatte, leugnete eine Schusswaffe zu besitzen. Er wurde dann, als man den Revolver bei ihm fand, verhaftet. Da sich bei der Verhaftung Tarchianis, Ciancas und Sardellis, immer der Mitteilung der "Volonté" zufolge, ebenfalls auf Veranlassung des genannten Menapace zahlreiche Analogien zum Falle Bernieri ergeben, liegt die Vermutung nahe, dass die in ihrer Wohnung beschlagnahmten Sprengstoffe, die ihnen kurz vor der Verhaftung in einer Kiste zugeschickt wurden, gleichfalls von Menapace stammen.

Die faschistische Botschaft in Paris hat sich bisher trotz der wilden Gerüchte, die im Zusammenhang mit dem von ihr "entdeckten" Komplott im Umlauf sind, in tiefes Schweigen gehüllt. Die jetzigen schweren Anwürfe der "Volonté" sind aber in so konkreter Form gehalten, dass die Botschaft zu einer Stellungnahme gezwungen ist, wenn sie den schweren Verdacht eines künstlichen Komplotts zur Kompromittierung unschuldiger Politiker nicht auf sich ruhen lassen will.

SPD. New York, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Die amerikanische Delegation zur Londoner Flottenkonferenz ist am Donnerstag mit dem Dampfer "George Washington" nach Europa abgereist. Die Delegierten werden von einem 100 Köpfe zählenden Personal und zahlreichen Journalisten begleitet.

SPD. Wien, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Die "Wiener Allgemeine Zeitung" veröffentlicht in ihrer Donnerstag-Ausgabe einen vertraulichen Entwurf der Heimwehr zur Änderung der Verfassung, aus dem sich ergibt, dass die neuerdings wieder von dem früheren Bundeskanzler Seipel geforderten Verfassungsänderungen mit den Plänen der Heimwehr voll und ganz identisch sind. Was der Heimwehr und Seipel vorschwebt, so sagt das Wiener Blatt, sei "Wirtschaftsfaschismus in Reinkultur".

SPD. Der Reichsrat verabschiedete am Donnerstag die Gesetzentwürfe der Reichsregierung über die Verlängerung der Geltungsdauer des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes. Beide Gesetze sehen eine Verlängerung der jetzt geltenden Bestimmungen bis zum 30. Juni 1932 vor. Ferner nahm der Reichsrat den Gesetzentwurf über ein Zündwarenmonopol mit verschiedenen Änderungen an.

Der jetzige Entwurf über das Zündwarenmonopol sieht vor, dass die durch das Sperrgesetz von 1927 für die privaten Betriebe festgelegte Produktionsquote zu 1/3 auf deutsche und zu 2/3 auf schwedische Fabriken umgelegt werden soll. Ein Sonderrecht ist der genossenschaftlichen Produktion (GEG-Hamburg und Gepag-Köln) eingeräumt, die neben dem deutschen Drittel noch die Ermächtigung zur Herstellung von 23 000 Normalkisten mit je 2 000 Schachteln er-

halten soll. Der Aufsichtsrat der Monopolverwaltung soll je zur Hälfte aus deutschen und schwedischen Vertretern bestehen und einen deutschen Vorsitzenden haben.

Auf Antrag Sachsens hatten die Reichsratsausschüsse das Sonderrecht der genossenschaftlichen Produktion gestrichen, und zwar aus Feindseligkeit gegen die Konsumvereine. Wäre auch das Plenum diesem Antrage gefolgt, so hätte die deutsche Wirtschaft durch Wegfall der Genossenschaftsquote den Nachteil gehabt und die mit der Herstellung dieses Teiles des deutschen Zündwarenbedarfs beschäftigten Arbeiter wären erwerbslos geworden. Es gelang der Preussischen Regierung, im Prinzip das Recht der genossenschaftlichen Produktion wiederherzustellen, jedoch wurde auch ein sächsischer und ein bayerischer Antrag angenommen, durch die die Genossenschaftsquote von 23 000 auf 19 000 Normalkisten herabgesetzt und ferner die im Regierungsentwurf vorgesehene Möglichkeit einer späteren Erhöhung des genossenschaftlichen Anteils beseitigt wird.

Diese Verschlechterungen wären nicht möglich gewesen, wenn nicht auch hier wieder die preussischen Provinzialbevollmächtigten zum grossen Teil gegen die preussischen Anträge gestimmt hätten. Bayern und Sachsen erhielten Zugang aus den preussischen Provinzen Ostpreussen, Pommern, Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien, Schleswig-Holstein und einmal sogar durch den Berliner Bürgermeister Scholz.

SPD. Paris, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Der französische Panzerkreuzer "Edgar Quinet", der am 4. Januar an der algerischen Küste bei Kap Blanc auf ein in den Seekarten nicht verzeichnetes Riff aufgelaufen war, ist trotz aller Bemühungen der herbeigeeilten französischen und englischen Kriegsschiffe am Donnerstag gesunken. Seine 900 Köpfe zählende Besatzung und die 100 Marineschüler, die sich an Bord befanden, wurden bereits am Dienstag von Hilfsschiffen übernommen.

Der Kreuzer "Edgar Quinet" ist im Jahre 1907 erbaut und später unter riesigem Kostenaufwand als Marineausbildungsschiff ausgebaut worden. Er hatte eine Gesamttonnage von 14 000 Tonnen, war 159 Meter lang, 21,5 Meter breit und hatte einen Tiefgang von 8,40 Meter. Seine drei Maschinen lieferten insgesamt 37 Pferdekkräfte und ermöglichten dem Kreuzer, bei einer Geschwindigkeit von 24 Knoten einen Aktionsradius von 6 500 Seemeilen zu entfalten.

SPD. Warschau, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Bartel hat die Staatsanwaltschaft ersucht, nähere Feststellungen darüber zu treffen, ob in Polen eine telephonische Abhorchungsstation besteht, da vor einigen Tagen ein wichtiges Telefongespräch Bartels mit dem Staatspräsidenten auf bisher ungeklärte Weise zur Kenntnis Unberufener gelangt ist. Die Opposition hat dem Postminister übrigens schon vor zwei Jahren die Existenz einer Telephon-Abhörstation vorgeworfen.

SPD. Der Rechtsausschuss des Reichstags nahm am Donnerstag den § 4 des Republiksschutzgesetzes in folgender Fassung an :

Wer gegen den Reichspräsidenten oder gegen ein Mitglied der Reichsregierung oder Länderregierung einen Angriff auf Leib oder Leben (Gewalttätigkeit) begeht, wird, sobald nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Wer eine solche Gewalttätigkeit mit einem anderen verabredet, oder

nachdem sie begangen worden ist, belohnt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren, jedoch nicht unter einen Monat, bestraft.

Der Paragraph 5 des Gesetzes wurde nach langer Debatte in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Danach wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, wer an einer Geheim- oder staatsfeindlichen Verbindung teilnimmt, die bestrebt ist, die verfassungsmässige republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben, oder wer eine solche Verbindung unterstützt oder wer sich an einer geheimen und staatsfeindlichen Verbindung anschliesst, die selbst oder deren Mitglieder unbefugt Waffen besitzen.

Die Beratung des § 6, nach dem mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft wird, wer die Staatsform und die Hoheitsrechte der Republik beschimpft, wurde nach längeren Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der deutschen nationalen-kommunistischen Opposition auf Freitag vertagt.

SPD. Köln, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Donnerstag hat in Köln ein 27jähriger Schlosser seine, seit Oktober vorigen Jahres von ihm getrennt lebende Frau, vor deren Wohnung erstochen. Der Täter wurde später bei Verwandten verhaftet. Zerrüttete Familienverhältnisse bilden die Ursache zu der Tat.

SPD. Im Tscherwonzenprozess enthüllte der treudeutsche Geschäftspatriotismus am vierten Verhandlungstag, mit dem die Vernehmung der Angeklagten Schmidt und Bell ausgefüllt war, sein anmutigstes Antlitz. Hatten Weber, Böhne und selbst Becker sich als die ahnungslosesten Idealisten hinausgespielt, als die tauben Parsifale - so platzte am Donnerstag der Farbenlack mehr und mehr ab und übrig blieb nichts als die nackte Ausbeutungssucht, die unverschämteste Geldgier. Wenn diese unentwegten Deutschen von "Politik" sprechen, dann meinen sie allemal das Geschäft.

Der Oblatenfabrikant Schmidt, offenbar der wohlhabendste aller Angeschuldigten, im Weltkrieg Unteroffizier, dann Freikorpsmilkämpfer, will mit der Tschervonez-Affäre nichts zu tun haben. Er interessierte sich ja auch nicht für Georgien, sondern für den Balkan und die Ukraine. Allerdings lernte er auf Reisen nach Paris, Genf und Lausanne die Herren vom kaukasischen Komitee kennen, auch Karumidze, der nicht nur von seinen Landsleuten hoch geschätzt wurde, sondern auch von General Hoffmann. Man empfahl ihm Karumidze als "uneigennützigem Patrioten und hervorragenden Organisator", der während des Krieges durch Sabotageakte der deutschen Armee wertvolle Dienste geleistet hat.

Die Beschäftigung mit Balkanfragen muss dann seine lauterer Grundsätze verdorben haben. "Ich kann für die Balkanmentalität nichts, die Politik und Geschäft miteinander verbindet" erklärt er. Ehe er sich versah, hatte er sich diese minderwertige und verächtliche "Balkanmentalität" gründlich zu eigen gemacht. In dem Bestreben, das "reichste und ausbeutungsfähigste Land Europas", dem deutschen Unternehmungsgeist zu erschliessen, gewinnt er seine Freunde-Dr. Jörs und den Fabrikanten Rieger für seine Balkanpläne und schickt den Ingenieur Bell mit 5 000 Mark aus der eigenen Tasche und weiteren 5 000 aus der der Verbündeten nach Sofia. Bell sollte das "Terrain sondieren und die nötigen Trinkgelder verteilen". "Man rechnete dabei nicht mit 10 oder 25, sondern mit mehreren hundert Prozent Gewinn," Der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Wartenberger lockte immer mehr überraschende Geständnisse aus Schmidt heraus. "Es ist mir ganz gleich, ob mein Geld zu einem legalen oder illegalen Zwecke verwendet wurde - im Gegenteil: die illegalen Geschäfte (gemeint sind Schmugglergeschäfte und Petroleumunternehmungen) werfen mehr Gewinn ab." Jörs war bis auf 40 Mark ausgenommen und Herr Rieger wartete ebenfalls mit Sehnsucht,

aber vergeblich auf den Geldbriefträger aus Bulgarien. Um Rieger bei guter Laune zu erhalten, spekulierte Schmidt auf seine Eitelkeit. Er stellte ihm und einem Herrn Dorn aus Kassel den bulgarischen Konsulposten in Aussicht, mit dessen Hilfe er leicht die bulgarische "Schweinekonzession", d.h. das Recht der Ausfuhr bulgarischer Schweine erlangen könne. Rieger biss dann auch prompt an. Auf einem namenlosen Telegramm aus Lausanne hin, das zur neuen Konsulwürde gratulierte und auf angebliche amtliche Information hin von Bell aufgegeben war, fühlte sich der Genasführte schon als bulgarischer Konsul und reiste mitten im Winter nach Sofia in der Hoffnung, vom König empfangen zu werden. Er opferte dieser höchsten Sehnsucht eines bayerischen Bürgers weitere 3 000 Mark, die an Bell abgingen, der davon 1 000 an Schmidt zurücksandte. Einer Dame in Sofia gab Rieger für ihre Bemühungen in dieser Richtung weitere 5 000 Mark, aber es war alles für die Katz: er war seine 8 000 Mark los und weder königlich bulgarischer Konsul, noch Scheinfürst vom Balkan.

Es gab zwei lange Pausen in diesem Prozess. Die eine auf Antrag des Verteidigers, der mit höchster Besorgnis den immer mehr schwindenden Idealismus und die immer deutlicher zutage tretende moralische Entblössung Schmidts beobachtete und eine zweite auf Antrag der Verteidigung Karumidze, die Ausschluss der Öffentlichkeit bezweckte, weil amtliche Dokumente zu Gunsten des Georgiers verlesen werden sollten. Der Vorsitzende liess tatsächlich den Saal räumen, bis Herr Schmidt seine Haltung wiedergewonnen hatte und lehnte noch einer gründlichen Beratung die Verlesung der geheimnisvollen Dokumente, die die Staatssicherheit gefährden sollten, ab.

Die Aussagen Bells ergänzen die Geständnisse Schmidts. Bell ist durchaus Tatsachenmensch: von allen nationalen Phrasen hält er sich fern. Er beteuert kein Ehrhardt-Jünger zu sein, sondern "eigentlich Sozialdemokrat" (Heiterkeit) Schmidt, der offenbar im Verlaufe des Balkanabenteuers merklich von ihm abgerückt ist, bezeichnet er als "Optimisten", der "in die Politik verliebt ist". Die Herkunft der 25 000 - 30 000 Mark, die Schmidt ausgegeben haben soll, verriet er nicht. Einmal, als die Situation immer verwickelter wurde, habe Schmidt geäußert: "Wenn das so weiter geht mit den Tschervonzen, dann werden wir alle noch Schwindler und Hochstapler". - Was sich mit Schmidts Behauptung, er habe mit der Falschgeld-Affäre nichts zu tun gehabt, nicht gut vereinbaren lässt. Die Konsulat-Affäre gibt Bell zu und weigert sich, die drei amtlichen Telegramme aus Sofia auf die hin er das Glückwunschtelegramm nach Nürnberg geschickt hat, vorzulegen. Nach dem Konsulatsschwindel sei die Tschervonzen-geschichte drangekommen. Rieger habe sich auf der Jagd nach dem Titel benommen "wie ein deutscher Diplomat". Auf die Frage des Vorsitzenden, was er damit sagen wolle, äussert er: "so schlecht" (schallende Heiterkeit). Über das bulgarische Geschäft, auf das Karumidze aufmerksam gemacht hatte, sagt er: "Da sind doch die Komitatschis, da wird einmal der erschossen, einmal der... Das braucht natürlich viel Munition..." (Heiterkeit).

Am Montag soll die Vernehmung dieses Gemütsmenschen zu Ende geführt werden.

SPD. Amsterdam, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Ein schweres Autounglück ereignete sich am Donnerstag vormittag zwischen dem Vorort Sloten und der Stadt Amsterdam, wo ein Frachtauto, in dem sich ein 38 jähriger Gärtner und seine Eltern befanden, in voller Fahrt gegen die geschlossene Schranke einer gerade geöffneten Brücke fuhr und in den Ringkanal stürzte. Der Gärtner und seine Mutter wurden getötet. Der Vater wurde in schwerverletztem Zustand ins Krankenhaus geschafft. Der Gärtner hinterlässt eine Frau und fünf unmündige Kinder.

SPD. Breslau, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Stadt Breslau befindet sich in einer überaus ernsten Finanzkrise, sodass die städtische Verwaltung im Begriff steht, die städtischen Werktarife zu erhöhen. Der elektrische Strom soll pro Kilowattstunde auf 55 Pfennig und der Preis für die Benutzung der Strassenbahn um 25 v.H. erhöht werden. Ausserdem sind inzwischen bis auf den Oberbürgermeister die Gehälter der Breslauer Magistratsmitglieder um 10 Prozent herabgesetzt worden.

SPD. New York, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Exekutive der American Federation of Labour beschloss auf einer Son- dertagung in Petersburg (Florida) eine sofortige Untersuchung des amerikani- schen Arbeitslosenproblems, das mit jedem Tage drückender wird. Der Gewerk- schaftsbund schätzt die Arbeitslosenzahl auf 3 Millionen, was angesichts der gegenwärtigen Lage sogar noch als zu niedrig gegriffen erscheint.

SPD. Der vom Berliner Magistrat vorgelegte Nachtragsetat sieht Forderun- gen in Höhe von 70 Millionen Mark vor. Die Einnahmen haben sich um etwa 27 Millionen verringert. Davon entfallen allein 26 Millionen Mark auf die Be- triebe. Weitere 3,7 Millionen Mark Verluste sind durch die Herabsetzung der Strassenreinigungsbeiträge von 95 auf 75 % entstanden, wozu Berlin durch eine Entscheidung des Obergerichtes gezwungen wurde. Die Ausgaben haben sich insgesamt um 47 Millionen Mark vermehrt. Davon entfallen auf die Wohlfahrt 29 Millionen Mark, auf das Gesundheitswesen 2,9 Millionen Mark und auf das Schulwesen 1,3 Millionen Mark.

In dem Bericht der Stadt wird u.a. auch auf die steigenden Polizeikosten verwiesen.

SPD. Weimar, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Als Kandidat der Nationalsozialisten für das thüringische Ministerium des Innern wird neuerdings wiederum der Putschist und Reichstagsabgeordnete Dr. Frick genannt. Frick stösst jedoch wegen seiner allgemeinen Unzulänglich- keit selbst in nationalsozialistischen Kreisen auf Widerstand.

SPD. Das an den Reichskanzler gerichtete Schreiben des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren hat der Reichskanzler wie folgt beantwortet:

"Dem im Schreiben vom 7. Januar d.J. gestellten Antrage, das sogenannte "Freiheitsgesetz" zu verkünden, kann nach dem Verlauf des Volksentscheides nicht entsprochen werden. Die Reichsregierung hat bei Zuleitung des Entwurfes eines "Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes" an den Reichstag bereits dargelegt, dass zur Annahme des Gesetzes durch Volksentscheid gemäss Art. 76 Abs. 1 Satz 4 der Reichsverfassung die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich ist. Im übrigen hat sich an der Abstimmung nicht einmal die durch den Art. 75 der Reichsverfassung vorgeschriebene Mehr- heit der Stimmberechtigten beteiligt. Die in dem Schreiben zum Ausdruck ge- brachte Rechtsauffassung muss demnach als irrtümlich bezeichnet werden.

Was die im Zusammenhang mit dem Youngplan in Ihrem Schreiben aufgeworfenen politischen Fragen anlangt, so wird nach Beendigung der Haager Konferenz im Reichstags Gelegenheit sein, dazu Stellung zu nehmen."

SPD. London, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Wie der "Daily Herald" mitteilt, wird der Minister für Arbeitsbeschaffung J.H. Thomas am Freitag in Manchester, weitreichende Pläne zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Entlastung des Arbeitsmarktes ankündigen. Diese Pläne sind in wochenlangen Beratungen zwischen dem Minister, den fünf grossen Privatbanken und der Bank von England ausgearbeitet worden. Die Banken haben sich bereit erklärt, ihre bisherige Politik der Kredit-Drosselung aufzugeben und weitgehende Kredite zu günstigen Bedingungen an sichere Unternehmungen zu gewähren. Diese Kredite sollen vor allem den Rationalisierungsprozess der britischen Industrie fördern.

SPD. Die Vernehmung des Russen Uralzeff in der Donnerstag-Nachmittags-sitzung des Raiffeisenausschusses ergibt die amüsante Tatsache, dass die Schädigung der Raiffeisenbank durch Uralzeff mit einem Betrug der Bank an Uralzeff anfang. Oder liess sich der schlaue Russe geflissentlich betrügen? Es ist darüber keine Klarheit zu gewinnen. Jedenfalls steht fest: Als die Raiffeisenbank das von ihrem Prokuristen Rathke für 7,2 Millionen angekaufte Ostwolle-Paket um 6,8 Millionen an Uralzeff abzugeben suchte, war sie sich über den Nichtwert der Aktien keinesfalls im Unklaren.

Uralzeff hat die Mittagspause benutzt, um eine Anzahl von Schriftstücken herbeizuschaffen. Er verliest u.a. auch eine eidesstattlich vor einem Notar abgegebene Erklärung des früheren Grosskaufmannes Riebe. Riebe hat im April 1924 im Auftrag der Raiffeisenbank den Wert der Ostpreussischen Dampfwollwäscherei geprüft. In seiner eidesstattlichen Erklärung gibt Riebe an, was sich auch mit dem Akteninhalt deckt, dass er sofort der Raiffeisendirektion mitgeteilt hat, dass 7 Millionen für die Aktienmajorität eine ungeheure Überbezahlung darstellten. Der Wert des gesamten Werkes sei höchstens $1\frac{1}{2}$ Millionen. Riebe hat der Raiffeisendirektion auch mitgeteilt, dass es ihre Pflicht sei, den künstlich hochgehaltenen Börsenkurs der Dampfwolle-Aktien, der auf etwa 150 stand, auf einen dem Wert entsprechenden Kurs herabzusenken. Nach Riebes Ansicht wäre berechtigt gewesen ein Kurs von - 20! Trotzdem hat die Raiffeisendirektion bei dem Verkauf von 4400 Aktien an Uralzeff (etwa 90 Prozent des Aktienkapitals) einen Kurs von 155 zugrunde gelegt, fast das Achtfache! Allerdings kann auch Uralzeff keinen Grund angeben, warum er auf dieses plumpe Manöver hineingefallen ist, obwohl er sich ein paar Tage Bedenkzeit ausgeben hätte. Der der Raiffeisendirektion an kaufmännischer Intelligenz sicher weit überlegene Uralzeff hat sich offenbar absichtlich hineinlegen lassen, um die Direktion dann desto fester in der Hand zu haben. Die Folge war ja auch, dass er für seine Gefälligkeit Kredite über Kredite erhielt.

Die dann folgende Vernehmung des ehemaligen Abteilungsdirektor Lieber von der Raiffeisenbank bedeutet einen neuen Zusammenbruch für die Raiffeisen-Direktion. Lieber hat im Januar und Februar 1925 die als Sicherheit verpfändeten Uralzeff'schen Warenlager in Berlin, Rotterdam und Hamburg revidieren sollen. Nach den Aussagen der Direktoren Seelmann und Schwarz sei diese Revision günstig ausgefallen, so dass man weiter Vertrauen zu Uralzeff haben konnte. Die Feststellungen Liebers hätten ergeben, dass die von Uralzeff angeführten Waren vorhanden gewesen seien und die an ihn gegebenen Kredite deckten.

Liebers Vernehmung zerstört auch diese Ausrede. Der Zeuge verliest die Protokolle über die Lagerrevisionen im Januar und Februar 1925. Er selbst bezeichnet sie als "Fragmente", als "Anfänge einer Revision". Die Protokolle ergeben dass Lieber mangels eigenen Sachverständnisses die Hauptposten an angeblichen Edelchemikalien, Arzneien, Medikamenten usw. gar nicht schätzen konnte, sondern sich nur auf Uralzeffs eigene Angaben stützen und alles weitere einer späteren Nachprüfung vorbehalten musste. Solche Vorbehalte hat der Zeuge allein im Protokoll über die Revision des Berliner Lagers nicht weniger als

vierzehnmahl gemacht und gerade bei den entscheidenden Positionen. Die Nachprüfung ist aber niemals erfolgt. Auf die Frage, warum sie unterblieben sei, gibt der Zeuge an, dass er monatelang alle paar Tage, im ganzen vielleicht zwölf bis fünfzehnmahl, gemahnt habe: "Alle meine Bemühungen aber, die Anfänge weiter fortzuführen, die Waren durch einen Sachverständigen prüfen und schätzen zu lassen, wurden von der Direktion der Raiffeisenbank nicht unterstützt, um nicht zu sagen sabotiert. Schliesslich stellte ich meine Mahnbriefe ein, weil ich mir einfach albern vorkam, wenn ich ein Dutzend mal schrieb, ohne dass irgend etwas daraufhin geschah."

In Rotterdam hatte der Zeuge Lieber ein Lager von Anilinfarben zu prüfen. Er entnahm den Fässern Proben, die in Berlin von Sachverständigen begutachtet werden sollten. Vorsitzender Abg. Leinert: "Sind denn nun diese Proben untersucht worden?" Zeuge: "Nein, niemals." (Grosse Bewegung) Berichterstatter Abg. Kuttner: "Herr Zeuge, Sie sind uns nun von der Direktion immer wieder als der Mann genannt worden, der die Direktion darüber beruhigt hätte, dass die Kredite an Uralzeff durch die Pfänder gedeckt seien." Zeuge: "Das konnte ich gar nicht, denn ich hatte mit der Kreditgewährung an Uralzeff nichts zu tun und wusste nicht einmal, wie hoch die Kredite an Uralzeff waren." Berichterstatter: "Direktor Schwarz beruft sich darauf, dass Sie eine eingehende Prüfung der Lager vorgenommen hätten." Zeuge: "Eingehende? Ich betonte immer wieder, dass es nur der Anfang einer Prüfung war, die überhaupt nur Zweck hatte, wenn sie fortgesetzt wurde." Berichterstatter: "Haben Sie über das Berliner Lager irgend eine Werttaxe abgegeben?" Zeuge: "Das konnte ich gar nicht, weil mir die wichtigsten Voraussetzungen fehlten." Berichterstatter: "Das Rotterdamer Lager war von Uralzeff mit 2,7 Millionen Wert angegeben. Hier konnten Sie wenigstens die von Uralzeff selber aufgewendeten Einkaufspreise der Waren erfahren. Es war noch nicht eine halbe Million. Direktor Schwarz hat sich nun darauf berufen, dass Ihre Schätzung nur eine Teilschätzung gewesen sei. Waren noch weitere Lagerbestände vorhanden?" Zeuge: "Nein, was ich geschätzt habe, war alles." Berichterstatter: "Ich stelle also fest, dass die Direktion der Raiffeisenbank einen Bericht, der ein von Uralzeff mit 2,7 Millionen angegebenes Pfand kaum eine halbe Million wert erscheinen lässt, als eine Beruhigung und als Bestätigung der Angaben Uralzeffs aufgefasst hat. Zwischenruf: "Und ihm daraufhin noch weitere Kredite gegeben hat."

Aus dem Bericht Liebers ergibt sich, dass Uralzeff bei der holländischen Lagerfirma de Vries nicht einmal die Lagerspesen hat zahlen können! Dies wusste die Raiffeisenbank und erachtete Uralzeff trotzdem für 20 Millionen gut! Ein späterer Bericht Liebers ergibt, dass im Oktober 1925 ein Teil der im Februar festgestellten Waren aus dem Berliner Lager verschwunden war. Zu diesen Angaben wird sich Uralzeff, der der Vernehmung Liebers schweigens beiwohnte, in der am Freitag um 10 Uhr beginnenden Sitzung zu äussern haben.

SPD. Bern, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Offiziös wird mitgeteilt, dass die Durchsicht der bei den Genfer Anarchisten beschlagnahmten Korrespondenz keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben habe, dass sie an irgendwelchen antifaschistischen Attentatsplänen beteiligt wären. Die Genfer Polizei hat sich auch der französischen Polizei zur Verfolgung der angeblich von der französischen Grenzstadt Annemasse nach Genf gehenden Spuren zur Verfügung gestellt. Aber auch hier sind die Untersuchungen negativ verlaufen.

Trotzdem teilt der Völkerbundssekretär in einem Rundschreiben an die Beamten des Sekretariates mit, dass zum Schutze der Ratstagung diesmal eine äusserst rigorose Überwachung des Völkerbundssekretariates erfolge. Pförtner und Polizei werden bei jedem Betreten des Sekretariates die Legitimationskarten prüfen. Aussenstehenden wird der Eintritt während der Ratstag nur gegen

Vorzeigung eines Passes oder sonstiger Identitätspapiere gestattet. Das Parken von Autos im Hofe des Sekretariates ist während der Tagung überhaupt verboten. Ausserdem ist beabsichtigt, auch das Parken direkt vor dem Völkerbundsgebäude zu unterbinden.

Zuverlässig verlautet, dass das italienische Aussenministerium, das sich über alle von der Genfer Polizei geplanten Massnahmen auf dem Laufenden hält, mit den in Aussicht genommenen Änderungen nicht zufrieden sei. Mit der italienischen Delegation werden deshalb fast ein Dutzend italienischer Kriminalbeamter in Genf eintreffen. Ferner bringen die Italiener Sonderautos mit, wie sie Fiat für die königliche Familie und die Spitzen des Faschismus gebaut hat, und deren Eigenart in einer Zwischenfütterung der Wände und des Bodens mit leichten Stahlplatten besteht.

SPD. In der Donnerstagsitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es wiederum zu Tumultszenen, an denen sich ausschliesslich Kommunisten und Nationalsozialisten beteiligten..

Die Sitzung verlief anfänglich völlig ruhig, bis dem Kommunisten Pieck das Wort erteilt wurde. Er erklärte, dass die Kommunisten entschlossen seien, den Kampf gegen die Polizei im Rathaus bis zum letzten weiterzuführen. Wiederum seien Polizeibeamte im Hause und auf der Tribüne habe man sogar Kriminalbeamte untergebracht. Als Pieck dann behauptete, dass die Polizei zum Schutze der Nationalsozialisten vor den Kommunisten in das Rathaus beordert worden sei und Pieck trotz gegenteiliger Zurufe von den Nationalsozialisten bei seinen Behauptungen blieb, kam es zu einem unglaublichen Lärm. Kommunisten und Nationalsozialisten schrien wie toll durcheinander. Die Bemühungen des Stadtverordnetenvorstehers Ruhe zu schaffen, hatten erst nach 10 Minuten Erfolg. Jetzt nahm Stadtrat Richter das Wort zu einer Entgegnung auf die Ausführungen des Kommunisten Pieck. Kaum hatte er die Tribüne bestiegen, als ihm von den Kommunisten Worte wie "Lügenstadtrat" und "Schwindler" entgegenhielten. Auch im weiteren Verlauf seiner Ausführungen tobten die Kommunisten wie die Wilden, schlugen mit den Tischkästen, stürmten gegen die Rednertribüne vor und drohten den Nationalsozialisten mit den Fäusten.

Der Dringlichkeitsantrag der Kommunisten auf sofortige Entfernung der Polizei aus dem Rathaus wurde schliesslich abgelehnt.

SPD. London, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Die technischen Vorbereitungen für die Seeabrüstungskonferenz, die am 21. Januar in London beginnt, sind im vollen Gange. Die Anzahl der angemeldeten Diplomaten und Journalisten, die London beherbergen soll, wird selbst den Masenaufmarsch von Staatsmännern und Journalisten anlässlich der Londoner Konferenz im Jahre 1924 übertreffen. Die Eröffnungssitzung wird in der prunkvollen königlichen Galerie des Oberhauses stattfinden, die Sitzungen selbst im St. James Palast, dessen Räume für die Bedürfnisse der Konferenz zurzeit vorberichtet werden. Im Erfrischungsraum der Konferenz werden nur nichtalkoholische Getränke verabreicht.

Die Anzahl der Journalisten, für die im St. James Palast Platz und Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden muss, beträgt rund 400.

SPD. Haag, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Streitfrage des Zahlungstermins wurde am Donnerstag zunächst um die Mittagsstunde ergebnislos debattiert und daher in der Nachmittagsitzung wieder aufgenommen.

Deutschland stand mit seiner Ansicht, dass die Monatszahlungen am Ultimo zu erfolgen hätten, völlig isoliert da. Moldenhauer kämpfte mit ausserordentlicher Zähigkeit, aber ohne jeden Erfolg. Er machte einen Vorschlag nach dem anderen, alle wurden abgelehnt. Ein sogenannter Vermittlungsvorschlag des Italieners Pirelli ging dahin, dass Deutschland am 15. bezahlen, die Internationale Reparationsbank die Beträge aber erst am Monatsende an die Gläubiger überweisen und der Zinsgewinn der Reparationsbank zur Bestreitung der allgemeinen Unkosten der Bank verwendet werden sollte. An dem übrigbleibenden Zinsgewinn solle Deutschland nach Massgabe des allgemeinen Schlüssels beteiligt werden. Diese Anregung von italienischer Seite wurde von deutscher Seite mit dem Argument zurückgewiesen, dass nach dem Youngplan die allgemeinen Unkosten der Bank den Gläubigern zur Last fallen sollen. Zuletzt schlug der Reichsfinanzminister vor, da sich die befragten ehemaligen Sachverständigen Maureaux, Francqui und Kastl auf der anderen Seite nicht hätten einigen können, dass man das Gutachten des Amerikaners Owen Young telegraphisch einhole, das man evtl. beiderseits im voraus als bindend anerkennen könnte. Auch das lehnte die Gegenseite mit dem nicht unberechtigten Argument ab: Wo kämen wir hin, wenn wir bei jeder Streitfrage schliesslich telegraphisch ein Gutachten einholen würden. Übrigens ist es im höchsten Grade zweifelhaft, ob Owen Young im Sinne des deutschen Standpunktes entschieden hätte.

Ein weitere Antrag Moldenhauers, den Streitpunkt einstweilen zurückzustellen und inzwischen die anderen auf der Tagesordnung stehenden Streitfragen zu erörtern, wurde von Snowden zunächst entschieden abgelehnt. Der britische Schatzkanzler erklärte, er würde überhaupt nicht weiterverhandeln, ehe nicht dieser Punkt erledigt sei. Daraufhin hob Jaspas die Sitzung auf, fügte allerdings bald danach nach Rücksprache mit Tardieu hinzu, dass die Sitzung nur auf einige Minuten unterbrochen sei, um den Delegierten die Möglichkeit zu geben, sich nochmals untereinander zu besprechen. In der Pause verhandelten Tardieu mit Curtius, und Moldenhauer mit Snowden. Snowden äusserte dabei Zweifel daran, dass die Deutschen überhaupt eine Verständigung erstrebten. Moldenhauer trat dieser Auffassung energisch entgegen, meinte jedoch, dass es sonst üblich sei, wenn man über einen Punkt ergebnislos verhandele, zunächst zu anderen Punkten überzugehen. Daraufhin liess Snowden seinen Einspruch fallen und erklärte sich mit der Zurückstellung dieses Punktes einverstanden.

Die Sitzung wurde sodann wieder aufgenommen und man beriet nun die Frage des Moratoriums. Ein solches kann nach dem Youngplan ausschliesslich von Deutschland verkündet werden, allerdings für die Höchstdauer von drei Jahren. Von französischer Seite wurde hier ein Vorstoss unternommen, um diese Verkündung des Moratoriums an besondere Bedingungen zu knüpfen. Z.B. sollte der begutachtende Ausschuss der Bank für internationale Zahlungen das Recht haben, sofort zusammenzutreten, offenbar um die Berechtigung des Moratoriums anzuzweifeln. Das hätte aber dem Youngplan widersprochen, der nur vorsieht, dass das Gutachterkomitee sich nach der Verkündung eines Moratoriums durch Deutschland zusammensetzt und einen Bericht über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands ausarbeitet. Die Franzosen beantragten daraufhin angesichts des entschiedenen widerspruchs Deutschlands gegen diesen Vorschlag eine ausdrückliche Erklärung der deutschen Delegation, wonach Deutschland nicht leichtfertig ein Moratorium verkünden würde, sondern nur im wirklichen Notfalle. Diese moralische Verpflichtung konnte die deutsche Delegation nicht ablehnen. Die Juristen traten sogleich zusammen und arbeiteten eine Erklärung aus, in der auf der einen Seite versichert wird, dass Deutschland nur aus zwingenden Gründen einen Aufschub seiner Zahlungen (natürlich

Gegen die Sozialdemokratie unterlegen!

SPD. München-Gladbach, 9. Jan. (Eig. Ber.)

Von dem kürzlich erfolgten Zusammenbruch des Verlages des Volksvereins für das katholische Deutschland werden insbesondere zahlreiche katholische Organisationen betroffen. Der Zusammenbruch hat innerhalb des Zentrums zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt.

Der Volksverein war die stärkste Organisation, über die die deutschen Katholiken verfügten. Vor dem Kriege hatte er über eine Million Mitglieder, die regelmässig mit Broschüren und politischer Literatur versorgt wurden. M.-Gladbach, die Zentrale des Vereins, war ein fester Begriff im politischen Kampf der Vorkriegszeit geworden. Hauptaufgabe des Volksvereins war die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Zahlreiche katholische Persönlichkeiten, von denen der Kaplan Meffert am bekanntesten geworden ist, hatten keine andere Aufgabe, als fast wöchentlich ein Flugblatt gegen die Sozialdemokratie zu schreiben. Auch der rednerische Bedarf des Zentrums wurde fast ausschliesslich von M.-Gladbach gedeckt.

Der Volksverein selbst ist durch den Zusammenbruch des Verlages nicht unmittelbar berührt worden, aber auch seine Blüte ist längst dahin. Die Mitgliederzahl wird von Monat zu Monat geringer. Die alte Kampfparole zieht nicht mehr. Neue Wege zu finden, war den Gladbachern nicht möglich. Der Generaldirektor des Volksvereins, Herr Hohn, versuchte es deshalb mit allen möglichen Geschäften, die mit den Aufgaben des Volksvereins nichts zu tun hatten. Fast zwei Dutzend Unternehmungen rief er ins Leben. Darunter einen neuen Verlag, den Filser-Verlag, der wie die übrigen Geschäfte, bald pleite ging und vom Deutschenationalen Handlungsgehilfenverband schliesslich übernommen wurde. Eine Druckerei, die der Volksverein in Berlin errichtete, machte schon nach wenigen Monaten die Bude wieder zu.

Der Volksverein ist immer gross gewesen in Erteilung guter Ratschläge für eine christliche Wirtschaftsführung. Den "Materialismus" der Sozialdemokratie hat er immer heftig bekämpft. Die Anwendung dieser schönen Grundsätze auf seine eigene Praxis hat man beim Volksverein jedoch vermisst. Alle Unternehmungen sind rehl geschlagen und jetzt geht dauernd der Klingelbeutel bei reichen Katholiken um, um den Verein zu sanieren. Trotzdem hält sich der Verein nur noch mühsam am Leben. Seine Machtstellung ist längst dahin und alle die klugen Herren, die so eifrig bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie mitgewirkt haben werden sich rückschauend sagen müssen, dass ihre Arbeit vergeblich gewesen war. In den vom Volksverein hauptsächlich bearbeiteten Gebieten hat die Sozialdemokratie heute Machtposition inne. Dem Volksverein aber ist die Luft ausgegangen. Er führt heute nur noch ein Schattendasein!

SPD. Warschau, 9. Jan. (Eig. Drahtb.)

In der Petroleum-Raffinerie Przywoz in Galizien entstand durch eine achtlos fortgeworfene brennende Zigarette ein Riesenbrand, dem die gesamte Raffinerie zum Opfer fiel. Zwei Arbeiter erlitten schwere Brandwunden. Einer davon starb bereits auf dem Wege zum Krankenzus. Vierhundert Arbeiter sind durch das Feuer erwerbslos geworden.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Reichsausschuss wird enthüllt.

SPD. Der rechtsradikale Kolportageroman ist eine amüsante und doch zugleich klägliche Erscheinung. Es ist ein unverkennbarer Abstieg. Gegen die neuesten Erzeugnisse der rechtsradikalen Kolportageliteratur waren die ersten dieser Gattung nach dem Kriege noch geradezu von Niveau.

Weil diese Leute weder arbeiten noch abwarten können, greifen sie ins Wunderbare. Ihre Themen sind alle ähnlich: der eine fabriziert Gold aus Meerwasser, der andere durch Atomumwandlung. Der eine erfindet die Explosionswelle, der andere das elektrische Feld, das kein Flugzeug durchdringen kann. Der eine schiesst ein Bündnis mit Japan, der andere mit Russland und Italien und der Schluss ist immer, dass Frankreich am Boden liegt und der Klub der Verschwörer des Vaterlandes in Heldengloriole dasteht.

Nun hat diese Sorte von Literatur eine merkwürdige Beziehung zu den Gaunereien, die in der letzten Zeit vor den Strafrichter gekommen sind. Sie hat sich die Ideen der Gauner zu nutze gemacht. Ihr letztes Erzeugnis ist jener Roman zur Verherrlichung der Bombenleger, der unter dem Titel "Achtung hier Deutschland!" im Verlag von Gregor Strasser erschienen ist. Seine Kernpunkte sind die Bombenattentate und die Vernichtung der französischen Luftflotte durch eine elektrische Wand. Die Bombenlegerei haben wir erlebt, die elektrische Wand aber auch, wenigstens in der Gaunerei. Vor etwa zwei Jahren wurde vor dem Reichsgericht ein Fälscherspion abgeurteilt, der angebliche Reichswehrdokumente fabriziert und ans Ausland verkauft hatte. Zu seinen Fälschungen gehörte eine Denkschrift, worin zu lesen stand, dass ein früherer Offizier in der Nähe von Nürnberg mit Hilfe einer elektrischen Wand französische Verkehrsflugzeuge vernichtet habe. Vor kurzem hatte ein anderer Gauner Dumme für eine ähnliche "Erfindung" gefunden. Er redete ihnen vor, dass man alle Juden auf dem Tempelhofer Feld zusammentreiben und mit Hilfe seiner Erfindung vernichten könne. Das sind die Quellen der Hakenkreuz-Kolportageliteratur! Natürlich fehlt auch die Erotik nicht: die französische Meisterspionin - Marquise ist sie natürlich und heisst Yvonne - hat einen so prachtvollen Körper, dass den Kennern das Wasser im Munde zusammenläuft und sie ihre Hände auf ihre wiegenden Hüften usw. legen möchten. Beinahe gelingt es ihr, den Führer des Verschwörerklubs seiner blonden Gertrud untreu zu machen, aber im letzten Moment stirbt sie mit ihrem Flugzeug als erste in der elektrischen Wand den Flammentod. Zum Schluss wird die deutsche Regierung von den fünf Verschwörern, mit denen der Reichswehrminister gemeinsame Sache macht, verhaftet und in Spandau festgesetzt.

Das ist der letzte Tiefstand der rechtsradikalen Literatur, das neueste Geschenk zur kulturellen Erneuerung Deutschlands. Es ist zwar dumm, aber nützlich. In seiner Blödheit ist es eine unbarmherzige Enthüllung der wahren ideellen Grundlagen des famosen Reichsausschusses und seiner Propaganda!

Synagogen-Hugenberg.

Hugenberg hat eine Synagoge. Bitte, das ist kein Witz, sondern Wirklichkeit, und wer es nicht glaubt, kann sich im Berliner Handelsregister davon überzeugen. Da findet man Handelsgesellschaften, die eigentlich nicht mehr existieren. So findet man auch, wie das Israelitische Familienblatt mitteilt, den Namen Tiergarten-Synagoge G.m.b.H. Die Synagoge als Handelsgesellschaft,

nun ja, es gibt auch da Einnahmen und Ausgaben, und man kann eine Synagoge als G.m.b.H. aufziehen. Von dieser G.m.b.H. ist aber nichts mehr übrig als der Mantel, und das ist im Geschäftsleben ein Ding, das seinen Kurs hat. Man kann durch den Ankauf solcher eingegangenen Firmen bei Neugründungen erhebliche Steuern und Kosten und mancherlei Umstände ersparen. In der Inflation wurde in grossem Umfang gegründet, der Krach kam bald, und es entwickelte sich ein ausgedehnter Handel in Firmen. Der Witz des Zufalls hat es gewollt, dass in dieser Zeit Herr Hugenberg die Firma Tiergarten-Synagoge-G.m.b.H. für eine seiner Geschäfte billig erworben hat, so dass nun also der Vorstand der Tiergarten-Synagoge aus Herrn Hugenberg und seinen Direktoren besteht. Derlei Geschäfte sind üblich - aber ausgerechnet Tiergartensynagoge für Hugenberg! Wenn die Firma wenigstens noch Zimmerstrassensynagoge geheissen hätte!

Ostelbisches.

Der Terror: Der Gemeinde- und Amtsvorsteher des Ortes Nipperwiese im Kreis Greifenhagen stellte am 2. Januar eine Schreibhilfe an. Der Angestellte namens Hohmann war Sozialdemokrat. Am 4. Januar erklärte der Amts- und Gemeindevorsteher dem Angestellten, dass die rechtsstehenden Gemeindevertreter mit seiner Anstellung nicht einverstanden seien, und dass er also entlassen sei. Der Entlassene fragte, ob er sich etwas habe zuschulden kommen lassen. Antwort: Nein, nicht im geringsten. Frage: Also will man mich deshalb nicht, weil ich der S.P.D. angehöre? Antwort: Ja, das wird es wohl sein.

Beamtendünkel: Rentenauszahlung am Postschalter zu Altdamm, Kreis Randow. Der die Auszahlung vornehmende Postbeamte herrscht ohne jeden Grund einen Rentenempfänger im Kasernenhofton an: Halten Sie den Schnabel! Der Angeschriene verliess stillschweigend den Schalter und wagte nicht mehr, sich seine Rente auszahlen zu lassen. Keiner der umstehenden Rentenbezieher wagte es, die Ungehörigkeit des Beamten zurückzuweisen. In der ostelbischen Atmosphäre fühlt sich der Postbeamte als kleiner Herrgott, und die Rentenbezieher fühlen sich als Abhängige.

Richterfreiheit: In einem Zivilprozess in Osterode, Ostpreussen, wurde ein Brief eines früheren Vertreters der klagenden Firma vorgelegt. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Krüger, hielt ohne Grund dem Kläger vor: "Sehen Sie in wie schlechtem Deutsch der Brief abgefasst ist. Das beweist ja, mit wie minderwertigem Personal sie arbeiten." Der Kläger erwiderte, der Briefschreiber sei Militäranwärter und inzwischen Kommunalbeamter in Berlin. Darauf erklärte der Amtsgerichtsrat: "Wahrscheinlich hat der Mann gute Beziehungen zu den herrschenden Parteien. Sicher hat er auch Beziehungen zu den Sklareks gehabt, denn sonst wäre er wohl niemals Beamter in Berlin geworden."

Die Republik hat nach Ostpreussen hunderte von Millionen geworfen, um die notleidende Landwirtschaft zu unterstützen. Der Löwenanteil davon ist an die Grossagrarien geflossen, die die festeste Stütze der finsternen ostelbischen Reaktion sind. Es wäre angebracht, dass die Republik in Ostelbien für wahre Freiheit sorgt!

Landsknechtsweihnachten.

Es ist bekannt, dass die Berliner Kommunisten am Weihnachtsabend eine Demonstration zu inszenieren suchten. Wir ihr Gegenpart die Hakenkreuzler Weihnachten gefeiert haben, erfährt man erst jetzt aus der Hakenkreuzpresse. Im Göbbel'schen "Angriff" liest man, dass die Sturmabteilungen zur Sonnenwendfeier ins Freie gezogen sind. Wie es dabei zugegangen ist, sieht man aus folgender Bemerkung: "Sturm 17 eröffnet den Reigen mit dem alten wuchtigen Landsknechtslied "Herbei, herbei, zum Kampf herbei!" Also echte Landsknechtsweihnachten. Noch interessanter ist eine weitere Bemerkung: "Pünktlich zur festgesetzten Zeit stand die Standarte in Kriegsstarke." So so, man hat bei Hitler also friedensstarke und kriegsstarke Formationen!

Aus aller Welt

Verbrecher?

Kinomanie - Ein verletztes Gelübde - Falschgeld in der Dämmerung.

SPD. Der Arbeiter D. wurde am Donnerstag vom Schöffengericht Berlin-Moabit wegen versuchten schweren Diebstahls im Wiederholungsfalle unter Anerkennung mildernder Umstände zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Mitangeklagte K. erhielt einen Monat Gefängnis mit bedingter Bewährungsfrist unter Kontrolle des Jugendamts.

D. ist ein Kinomane. Seine Spezialität: erst eins über den Durst zu trinken und dann über die Schranken des Gesetzes zu springen. Besonders gern klettert er in Kinos ein, nicht gerade um der Liebe zur Kunst willen, aber auch nicht um eines selbstsüchtigen Diebsinteresses willen, sondern gewissermassen aus Sportenthusiasmus. Die Dinge, die er mitgehen heisst, sind fast belanglos: einmal sind's Bonbons, ein ander Mal 3,75 Mark. Was freilich nicht hindert, das die von ihm gewählte Kinoleiter des Ruhms ihn einmal auf sechs, dann auf zwölf endlich auf achtzehn Monate ins Gefängnis führt.

Die Muskeln und Gelenke des Angeklagten sind also wirklich einwandfrei. Das Herz ist es auch: gleich zu Beginn der Verhandlung appelliert D.: "Herr Präsident, bevor ick beginne, möchte ick bitten, meinem Mitangeklagten mildernde Umstände zu gewähren. Ick habe ihn verführt....."

Das wirkt nett, das wirkt sympathisch. Er selbst ist auch ein Verführter, aber betont das garnicht so. Man muss die Wahrheit, die ihn entlastet, aus ihm herausholen. "Na ja, der Suff ist ebent an allem schuld."

Der Richter fordert zu einer ausführlichen Schilderung auf. Und D. erzählt:

"Na, ick bin so jewissermassen aus Sport in die Kinos geklettert. Wat besonderes wollt ick janich dabei. Hinterher ha'ck mir ja ooch immer der Polizei jestellt. Det letzte Mal hatten se ma 18 Monate uffjebrummt und kaum war ick raus, hab ick nu in de Apotheke ne Ladenscheibe injeschlagen."

Wegen der eingeschlagenen Ladenscheibe hat sich der Angeklagte, zusammen mit dem von ihm verführten jungen Komplizen, diesmal zu verantworten.

Richter: "Na warum machen Sie immer solche Dummheiten? Haben Sie in Ihrer Jugend nicht genügend hinten drauf gekriegt?"

Angeklagter: "Doch, genügend. Aber wenn ick zu viel trinke, denn is et ebent aus. An dem Sontach, da is det nu ooch so jewesen, det ick zu viel jetrunken habe. Ick wollt in den Kintopp jehen, aber da kam mein Bruder, wat der Emil is, und sagte, nee, heute zu'n joldenen Sontach, da müssen wa uns den Karstadt-Neubau in Neukölln ansehen. Na, det wollten wa denn ooch. Aber zu unserm Unj Glück, sind wir da nich reinjekommen, weilt überfüllt war und det wa nu der Anfang. Wir haben in der Kneipe Bier jetrunken, det heisst, wir waren in mehreren Kneipen, tranken hier en paar Mollen und da en paar Mollen und denn sind wir wieda nach Hause jefahren und denn is in unserm Hause ooch en Restaurant, na und da haben wir eben ooch 'n paar Mollen jetrunken. Und denn sind wir int Kino jegangen. Und denn is 'n Lokal in unsere Nähe, was der "Schwan" is am Weddingplatz, un da haben wir uns ooch 'n paar Mollen bestellt. Und denn sind wir noch in ner anderen Kneipe jewesen und in noch einer anderen, und so kam das nu. Uff eenmal war die Scheibe kaputt."

Richter: "Da waren Sie wohl schon sehr betrunken?"

Angeklagter: "Ach det will ick nich sagen. Wenn ick betrunken bin, denn schaukle ich nich, denn kann ick noch immer jrade loffen."

Richter: "Ja, schämen Sie sich garnicht, so viel zu trinken?"

Angeklagter: "Doch ick schäme mir."

Richter: "Und sind Sie nicht Mitglied im Abstinenten-Verein "Blaues Kreuz?"

Angeklagter: "Ja".

Richter: "Da habe ich Ihnen nun die traurige Mitteilung zu machen, dass heute ein Brief für Sie eingegangen ist, nach dem Sie der Hochmeister aus dem Verein ausgeschlossen hat. Wegen Süffelei."

Da macht D. ein sehr trauriges Gesicht. Und das Gesicht wird noch viel bekümmert, nachdem der Staatsanwalt seinen Gefängnisantrag auf 16 Monate begründet hat. Der Mitangeklagte K. erhält noch den Rest jener Saufnacht, die, nachdem sie längst in den Morgen übergegangen ist, ein so klirrendes Ende gefunden hat. An sich scheint D. bereits befriedigt gewesen zu sein, nachdem er die Fensterscheibe eingeschlagen hatt. Das geschlagene Loch war zu klein, als dass er in den Laden hätte hineinkriechen können. Die beiden Trinkkumpane suchten das Weite. Dann liess D. der Ehrgeiz nicht ruhen. Er renomierte: "Ick jeh noch mal zurück, ick will Dir beweisen, det ick da doch durchkomme," D. geht voraus. Wie K., den die Sache immerhin interessiert, auch wieder an den Schauplatz ankommt, steckt er schon halb in der Fensterscheibe drin, man sieht bloss noch die Beine herausstrecken. Rein turnerisch eine fabelhafte Leistung. Selbst die Polizei, die ein Augenzeuge alarmiert hat, interessiert sich für sie...

+

Das Schöffengericht berät sehr lange. Wie unter eindringlicher Mahnung das denkbar mildeste Urteil verkündet wird, das die strafgesetzlichen Bestimmungen im vorliegenden Fall überhaupt zulassen, greifen beide Angeklagte rasch zu. Sie wissen, dass sie nun einmal nicht billiger davonkommen können.

+

+

+

Das Zigeunerpostamt.

Frau Cole hat ein Herz und Post für alle.

Alle Wege führen nach Rom. Aber der Zigeuner hat sein eigenes Gesetz. Weltverloren nestelt sich im Schatten des Viadukts der abgelegenen Ortschaft Fort Smith im Staate Arkansas ein bescheidener Allerweltsladen, der der ältesten Witwe Betty Cole gehört. Dem Laden und seiner Besitzerin ist nicht anzusehen, was auch nur ein kurzes Zögern und Verweilen vor dem blankgeriebenen Ladentisch rechtfertigen würde. Aber warte, wenn sich der Blick in die dämmrigen Hintergründe des Ladens verliert und die Alte mit verhaltener Stimme den Faden ihrer Lebensgeschichte und ihrer vielfarbigen Erlebnisse abspinnt! Hier, wo die Pfade der ewig irrenden Stämme sich kreuzen, ist Ruhe und Frieden, hier schweigt aller Bruderstreit und hier legen die Stammeshäupter das geltende Recht und Gesetz nieder, das auf unbekanntem Wegen zu den entferntesten Lagerstätten dieser vergessenen Ahasvers wandert. Und hier liegt alles, was den Zigeuner berührt, in den faltigen Händen einer Frau, eben dieser Frau Cole, die nicht einmal eine Stammesgenossin ist, sondern sich mit Stolz eine hundertprozentige Amerikanerin nennt.

Hinter dem Ladentisch steht eine weisshaarige lächelnde Frau, die ihr ungewöhnliches Amt der Treuhänderin aller Zigeunerstämme mit Würde und Gelassenheit trägt. Grosse und kleine Geldsendungen aus allen Weltteilen und für alle Weltteile gehen durch ihre hartgearbeiteten Hände, die niemals das in sie gesetzte Vertrauen enttäuscht haben. In den Schubfächern und Regalen liegen jahraus, jahrein Tausende von Briefen und Telegrammen, die von geheimnisvoll auftauchenden dunkelhäutigen Boten abgeholt oder an ferner Adressen weiter geleitet werden. Rasch versteht man, dass dieser unscheinbare Laden der ruhende Pol in der Erscheinung Flucht des Zigeuners ist. Aber warum eine Fremde und kein Zigeuner?! Das eiser-

ne Gesetz der Zigeunerstämme gibt die Antwort, Nach ihm darf die Verwaltung nur in den Händen eines "gorgio", eines Aussenseiters, liegen. An dieser undurchdringlichen Wand endet alles Staunen und Verwundern.

Auf dringendes Bitten rückt Frau Cole mit ihrer schlichten Geschichte heraus, die sie zu einer Art guten Geistes für diese ruhelosen Nomaden gemacht hat. Als elfjähriger Knabe wurde ihr späterer Mann, ein Amerikaner, von einem Stammesspanischer Zigeuner adoptiert und reiste mit ihm 30 lange Jahre in der ganzen Welt herum. Mit offenen Augen lernte er die zahlreichen Stämme, ihre Heimplätze, ihre Sitten und ihre Wanderrouten kennen; er war ein Bruder, vor dem nichts verborgen gehalten wurde. Als er sich, müde geworden in Fort Smith niederliess, begriffen die Zigeuner rasch den ungeheuren Vorteil, den ihnen seine Sesshaftigkeit und seine Vertrautheit mit ihren Sitten bot, und begannen in steigendem Masse durch ihn zu korrespondieren und ihm ihre mannigfaltigen Aufträge anzuvertrauen. Bald war Cole's kleiner Laden das internationale Postamt der Zigeuner geworden, die sich auch nicht scheuten, ihn zum Verwalter ihrer Gelder und Geldsendungen zu machen. Als Cole starb, übertrugen die dankbaren Zigeuner das nie getäuschte Vertrauen auf seine Frau, die von ihrem Manne aufs genaueste in die Eigenheiten der wandernden Stämme und ihre Heimstätten eingeweiht worden war. Seit Jahrzehnten ist dies der Platz, wo jeder dunkelhäutige Wanderer ein warmes Begrüßungswort und Freunde findet. Frau Cole schliesst ihre Erzählung mit einem Lobliede auf die Zigeuner, die sich für die erwiesenen Dienste immer dankbar erwiesen haben und zu jeder Gegenleistung bereit sind.

+ + +
Viel zu viel Kurpfuscher. Die Zahl der in Deutschland tätigen Kurpfuscher beträgt nach einer Feststellung des Wohlfahrtsministeriums 12000. Praktisch wird die Zahl noch viel grösser sein, da eine Anmeldepflicht nicht durchgeführt werden kann, weil Deutschland einer der wenigen Staaten mit Kurierfreiheit ist, in dem jeder ohne behördliche Erlaubnis und Prüfung seine angeblichen Heilfähigkeiten an anderen erproben darf. Der Misstand geht auf ein im Jahre 1869 erlassenes Gesetz zurück, das trotz traurigster Erfahrungen nicht abgeändert wird. Die Kurpfuscher geniessen in Deutschland einen beschämenden Schutz. Wenn sie jemanden gesundheitlich zu Grunde gerichtet haben, so werden sie zwar bestraft, dürfen aber nach Verbüßung ihrer Strafe ihren alten Beruf wieder ergreifen und ihr Unwesen weiter treiben. Berlin ist das Zentrum der Kurpfuscher. Hier ist nicht weniger als ein Drittel von ihnen vorbestraft.

+ + +
Ein hübscher Saufrekord. Den Weltrekord an Trunkenheit scheint der frühere Briefträger Purchlak aus Warschau erreicht zu haben. Er ist im vergangenen Jahre nicht weniger als 275 mal im betrunkenen Zustand von der Polizei arretiert worden. Ob ihm die Bierbrauer ein Denkmal errichten?

+ + +
Sadistischer Doppelmord. In Kerrug, an der bretonischen Küste, brannte vor einigen Tagen ein Bauernhaus vollständig nieder. Die einzigen Insassen und Inhaber des Gehöftes, die 44jährige Witwe Colin und ihre vierjährige Tochter konnten nur als verkohlte Leichen geborgen werden. Zwei Tage später verhaftete die Polizei im gleichen Dorf den 33jährigen Landwirt Le Floq, von dem bekannt war, dass er bereits mit 14 Jahren ein Kind durch 24 Messerstiche getötet hat. Sein Benehmen nach dem Brand war aufgefallen. Er verwickelte sich bei der Vernehmung in solche Widersprüche, dass er, in die Enge getrieben, alles Leugnen aufgab, und gestand das Verbrechen begangen zu haben.

Am Abend des Brandes weilte Le Floq mit verschiedenen Leuten in einem Wirtshaus. Als alle Gäste den Ausschank verlassen hatten, stellte er an die Wirtin vergeblich unsittliche Anträge. Auf dem Heimwege kam er an dem Gehöft der Witwe Colin vorbei, in dem noch Licht brannte. Le Floq kletterte über die Mauer, drang in die Schlafstube ein und fand Mutter und Tochter zusammen im Bett liegend. Die Witwe rang mit dem brutalen Eindringling, wurde aber von dem

Wüstling durch Faustschläge betäubt. Dann nahm Le Floq eine auf dem Tisch liegende Schere, tötete die Ohnmächtige und vergewaltigte im Beisein der kleinen Tochter den Leichnam. Da der Täter fürchtete, dass das Kind ihn verraten könne, ergriff er es gleichfalls, drückte ihm die Kehle zu und vergewaltigte es. Dann goss der Mörder einige Flaschen Petroleum zwischen die Matratzen und zündete sie an, sodass zunächst das Haus von innen ausbrannte. Später erst schlugen die Flammen nach aussen.

+ + +
Lindenblütentee statt Kaffee? Die Türkei modernisiert sich. Harems gibt es nicht mehr, die Schleier der Türkinnen sind gefallen, und jetzt hat es sogar der türkische Premierminister Ismet Pascha gewagt, bei einem Empfang der Presse in seinem Palais in Angora die Gäste statt mit dem traditionellen Kaffee mit Lindenblütentee zu trinken. Ismet Pascha erklärte, dass der Lindenblütentee nunmehr das Nationalgetränk der Türken werden solle.

+ + +
Der neueste Amerikaspleen. In Amerika kommt eine neue Mode auf. Handschuhe, die auf der Strasse getragen werden, müssen 12 Knöpfe haben, solche für den Fünf-Uhr-Tee 20 und die Handschuhe für den Abend 24 Knöpfe. Die besonders bevorzugten Farben sind himmelblau, kanariengelb und spinatgrün.

+ + +
Tuberkulose durch Zuckerstoff? Dr. William Charles White in Washington, ein prominenter Erforscher der Lungenkrankheit in den Vereinigten Staaten und Präsident des Untersuchungskomitees der amerikanischen Tuberkulosegesellschaft, teilte dieser Tage mit, dass er einen Zuckerstoff gefunden habe, der die Tuberkelbazillen erzeuge und offenbar ihre Vereinigung mit den menschlichen Zellen hervorrufe. Er nehme an, dass nunmehr die unmittelbare Ursache der Lungenkrankheit erkannt und somit eine Möglichkeit zu ihrer radikalen Bekämpfung gegeben sei.

+ + +
Kein Skorbut mehr? Nach einer Mitteilung Dr. von Hahns, dem Leiter der Kolloidbiologischen Station am Eppendorfer Krankenhaus in Hamburg, soll es einem Salzburger Mühlenkonzern gelungen sein, mit Erfolg ein neues bereits patentiertes Verfahren zur Vitaminisierung von Nahrungsmitteln zu erfinden. Das Verfahren besteht darin, dass Mehl durch Bestrahlung und durch ein besonderes Backverfahren so reichhaltig mit Vitaminen durchsetzt werden kann, dass dadurch praktisch die Bildung von rachitischen Erkrankungen verhindert wird. In der gleichfalls möglichen Vitaminisierung von Konserven erblickt man ein wirksames Mittel zur Bekämpfung des mit recht von den Seeleuten so gefürchteten Skorbut.

+ + +
Vereinsteinerung Amerikas? Im New Yorker Museum für Naturwissenschaften kam es am Mittwoch abend zu Skandalszenen, da nicht weniger als 4 000 Personen einer Vorlesung über die Einstein-Theorie beiwohnen wollten. Die Menge drückte das eiserne Tor ein und stürmte den Hörsaal. Viele Besucher wurden niedergetrampelt. Ein derartiger Fall von Wissbegier dürfte in Amerika bisher noch nicht dagewesen sein.

+ + +
Ein Luftmuseum. Die Stadt Berlin schafft sich auf dem Tempelhofer Flughafen ein Luftmuseum, dessen erste Räume Ende Februar eingeweiht werden sollen. Die Leitung des Museums hat Hauptmann a. D. Krupp, der bisherige Geschäftsführer der "Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt".

+ + +
Das Kind getötet und doch freigesprochen. Das Berliner Schwurgericht I sprach die 21jährige Frau Ilse G. von der Anklage der Kindestötung frei. Die Sachverständigen äusserten an der Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten Zweifel. Die Angeklagte hatte ein uneheliches Kind bekommen. Im Krankenhaus erfuhr sie, dass sie an einer schweren Blutkrankheit leide und auch das Kind diese unheilbare Krankheit geerbt hätte. Das Kind bekam einen bösen Ausschlag und schrie

Tag und Nacht. Der Zustand verschlimmerte sich so, dass die Mutter verzweifelte und zusammen mit dem Kind aus dem Leben gehen wollte. Sie erwürgte das Kind am 27. Mai vorigen Jahres. Während sie sich selbst mittels einer Wäscheleine erhängen wollte, kam ihr Mann hinzu, der Vater des Kindes, den sie mittlerweile geheiratet hatte. Alle diese Angaben waren während der Verhandlung nur sehr schwer aus der Angeklagten herauszuholen. Als jedoch die Angeklagte und das Gericht vom Verteidiger darauf hingewiesen wurden, dass der Mann die Tat seiner Frau auf sich allein haben nehmen wollen, legte die Angeklagte sofort ein umfassendes Geständnis ab.

+ + +

Baunnglück in Dresden: 1 Toter. In Dresden-Loschwitz stürzte am Donnerstag in der Mittagsstunde ein im Bau befindlicher Heimschleusengraben, der etwa 3 Meter tief war, durch Nachgeben des Holzeinbaues zusammen und begrub zwei in der Tiefe beschäftigte Arbeiter. Der eine Verschüttete ragte mit Kopf und Oberkörper tot aus der Erdmasse hervor. Ihm war der Brustkorb eingedrückt worden. Der Zweite Verschüttete konnte lebend geborgen werden.

+ + +

Arsenmord. Vom Schwurgericht Bielefeld wurde am 21. September 1929 die Angeklagte Philippine Dammeyer wegen Mordes zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am Donnerstag vom Reichsgericht bestätigt. - Die 48jährige Angeklagte, die in Minden in dem Rufe einer Zauberin stand, vergiftete am 23. Oktober 1923 ihren um 23 Jahre älteren Gatten Schlüter mit Arsen, das sie durch Auskochen von Fliegentellern gewonnen hatte. Die im Jahre 1929 ausgegrabenen Leichenteile des Ermordeten waren stark mit Arsen durchtränkt. Unter der Wucht der Beweise legte die Angeklagte ein Geständnis ab. Ihr Gatte sei ein roher Trunkenbold gewesen, der sie misshandelt, geschlagen und in keiner Weise zufriedengestellt habe.

+ + +

Papageienmord in Hamburg. In Hamburg ist eine regelrechte Papageienpsychose ausgebrochen. Als am Mittwoch abend ein Dampfer aus Südamerika ankam, wurden die zahlreichen mitgebrachten Papageien nicht etwa auf Grund der Empfehlung der Gesundheitsbehörden in Quarantäne gestellt, sondern getötet. Andere überängstliche Empfänger verschleuderten die Tiere zu niedrigsten Preisen im Strassenhandelt von St. Pauli, während wieder andere ihre Vögel dem Zoologischen Garten schenken wollten. Der allgemeine Papageienwahn steigerte sich noch, nachdem ein bisher von den Behörden verschwiegener tödlich verlaufener Papageienkrankheitsfall bekannt wurde.

+ + +

Allgemeine Autodieberei in Berlin. Am Dienstag sind in der Reichshauptstadt nicht weniger als sieben Autos gestohlen worden, am Mittwoch acht und am Donnerstag früh schon wieder zwei. Die Polizei will jetzt besondere Streifen zur Bekämpfung des Autodiebstahls aussenden.

+ + +

Pfändung von Gourmenia-Tassen? In der Krise der Berliner Vergnügungsindustrie, die in der Gourmenia-Pleite ihren eklatantesten Ausbruch findet, kam es zu einem allgemein belächelten Zwischenfall, als ausgerechnet in der Mitternacht, zwischen Mittwoch und Donnerstag Pfändungsbeamte des Bezirks Tiergarten im Büro des Gourmenia-Betriebes erschienen, um durch Pfändung eine Restforderung der Vergnügungssteuer aus dem vorigen Jahr in Höhe von 4000 Mark sicher zu stellen. Nach Fortfall dieser Summe wäre es dem Gourmenia-Betrieb unmöglich gewesen am Donnerstag vormittag seinen Angestellten die fälligen Lohngehälter auszuzahlen. Noch in der Nacht telephonierte der Treuhänder des Betriebs mit dem Berliner Stadtsyndikus, der die Steuerbeamten anwies, abzusehen von einer vorläufigen Pfändung.



Für Arbeitsbeschaffung! Gegen Anleihe Sperre!

Die Gewerkschaften zur Frage der Auslandsanleihen.

SPD. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund veröffentlichen in der vielumstrittenen Frage der Auslandsanleihen als einer Verbindung für die Arbeitsbeschaffung und die Senkung der Arbeitslosenziffer folgende Erklärung:

Die Arbeitslosigkeit ist in ständiger Zunahme begriffen. Millionen arbeitswilliger und arbeitsfähiger Arbeiter und Angestellten sind zum Feiern gezwungen. Die hohe Arbeitslosenziffer wiegt umso schwerer, als die Witterung bisher den Aussenarbeiten verhältnismässig günstig war. Es ist zu befürchten, dass die Schwierigkeiten, mit denen die Wirtschaft zur Zeit zu kämpfen hat, sich noch verschärfen werden. Umso notwendiger ist es, alle Kräfte zu mobilisieren, die der sinkenden Beschäftigung entgegenwirken können. Dabei sind sich die Gewerkschaften wohl bewusst, dass die gegenwärtige Lage der Reichsfinanzen und des Kapitalmarktes eine durchgreifende Konjunkturpolitik erschwert. Die Gewerkschaften fordern aber, dass keine Möglichkeit unausgenutzt bleibt, die schwere Lage zu erleichtern. Dazu gehört in erster Linie Arbeitsbeschaffung durch die Kapitalzufuhr aus dem Auslande. Es ist unverantwortlich, wenn der Anleiheaufnahme, auch soweit sie auf Grund des Vertrauens der ausländischen Geldgeber zur öffentlichen Wirtschaft möglich ist, von deutscher Seite durch die verhängnisvolle Politik des Reichsbankpräsidenten und der Beratungsstelle für Auslandsanleihen durchkreuzt wird. Die Gewerkschaften haben die Politik der Anleihe Sperre stets als schädlich betrachtet; sie befinden sich dabei in Übereinstimmung mit dem Gutachten des von der Reichsregierung eingesetzten Enqueteausschusses. Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die wachsenden Notstände ein längeres Beharren bei dieser wirtschaftsfeindlichen Politik der Absperrung von den internationalen Kapitalmärkten als volkswirtschaftlich gefährvoll und sozialpolitisch unverantwortlich erscheinen lassen. Es ist unerträglich, dass sich in dieser schweren Lage der Reichsbankpräsident und die Beratungsstelle für Auslandsanleihen den wirtschaftlichen Erfordernissen entgegenstellen.

Die Gewerkschaften verlangen im Namen der Arbeiter und Angestellten, die sie vertreten, dass alles geschieht, um die Leiden der Erwerbslosen zu verringern. Sie fordern daher die Regierung auf, mit Entschlossenheit dem Gebot der Stunde zu folgen und für die Zulassung von Auslandsanleihen einzutreten - auch im Kampf gegen unverantwortliche Ratgeber - zur Beschaffung von Arbeit und zur Stützung der deutschen Wirtschaft.

SPD. In der Herren- und Damen-Massschneiderei haben die Arbeitgeber mit der Aufkündigung der Reichstarif-Vertragsgemeinschaft gezeigt, dass sie sich für das neue Jahr grosse Dinge vorgenommen haben. Ihre Verschlechterungsanstrengungen verraten, dass sie einen scharfen Kampf wagen wollen. Die Meinungen der beiden Parteien über die Gestaltung der Tarifordnung gehen weit auseinander. Wird unter diesen Umständen eine Erneuerung der Tarifvertragsgemeinschaft möglich sein?

Die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer veröffentlichen jetzt ihre Forderungen zur Neuordnung des Reichstarifs. Sie wollen im wesentlichen Verkürzung der Arbeitszeit und Urlaubserweiterung. Die wöchentliche Arbeitszeit soll auf 46 Stunden begrenzt werden, und zwar in der Form, dass in den ersten fünf Wochentagen acht Stunden und am Sonnabend sechs Stunden gearbeitet wird. Sonnabend nachmittags zwei Uhr soll Schluss sein. Die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit erscheint im Hinblick auf die grosse Arbeitslosenziffer in der Herren- und Damenmassschneiderei als Selbstverständlichkeit. Sie stellt nichts Aussergewöhnliches dar. Der Deutsche Bekleidungsarbeiter Verband hat bereits auf dem Stettiner Verbandstag die Forderung nach der Fünftage=Woche erhoben - eine Forderung, die bald Gemeingut der gesamten internationalen Arbeiterbewegung sein dürfte. Schon heute sind in 7 Gewerbegruppen in 75 Tarifverträgen 585 000 Arbeitnehmer in regulärer Arbeitszeit bis zu 42 Stunden beschäftigt; in 20 Gewerbegruppen mit 400 Tarifverträgen hat heute rund eine Million Arbeitnehmer bereits eine reguläre Arbeitszeit von 42 - 46 Stunden pro Woche. Die freigewerkschaftlichen Schneider verlangen im Grunde also nur eine Anpassung des neuen Tarifvertrages an eine bereits im Fluss befindliche Entwicklung. Die Arbeitszeitverkürzung liegt im Zug der Zeit. Sie ist wirtschaftlich tragbar und sozialpolitisch sowie aus kulturellen Gründen notwendig. Die Arbeitsmarktlage macht sie zu einer zwingenden Notwendigkeit.

In der Urlaubsfrage fordert der Deutsche Bekleidungsarbeiter Verband zwei-erlei: generelle Vermehrung der Urlaubstage bis zu 12 Arbeitstagen nach dreijähriger Beschäftigungsdauer und Ausdehnung der Urlaubswährung auch auf die Heimarbeiter. Im Urlaub ist die Herren- und Damen-Massschneiderei im Vergleich zu fast allen Branchen der Bekleidungsindustrie noch rückständig. Das gleiche gilt im Hinblick auf die Gesamtindustrie Deutschlands. In 25 Gewerbegruppen ist in 3 103 Tarifverträgen für 5 075 000 Beschäftigte eine Urlaubsgewährung bis zu 12 Arbeitstagen festgelegt und 10-18 Urlaubstage kommen für über 2 Millionen Arbeitnehmer in Frage. Schliesslich haben heute bereits rund 650 000 Arbeitnehmer einen Urlaub von über 18 Tagen. Die Ausdehnung der Urlaubsgewährung auf die Heimarbeiter ist eine alte Forderung der freigewerkschaftlichen Schneider. Auf dem Stettiner Verbandstag ist die Forderung von neuem erhoben worden. Die Heimarbeiter der Herrenmassschneiderei sind keine Gelegenheitsarbeiter, sondern Dauerarbeitskräfte. Warum sollen sie im Urlaub schlechter gestellt sein als die Werkstattschneider?

SPD. Bei der Ruhrknappschaft sind wegen Staublunge nicht weniger als 6 000 Bergarbeiter invalidisiert. Die Sektion II der Knappschaftsberufsgenossenschaft in Bochum fasst den Begriff der schweren Staublungenerkrankung besonders eng. Sie erkennt nur bei einem geringen Prozentsatz der Knappschaftsinvaliden das Vorliegen schwerer Staublungenerkrankung an. Der Bergbauindustriearbeiterverband fordert daher vom Reichsarbeitsminister eine Ergänzung der zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar vergangenen Jahres. Da der Begriff der schweren Staublungenerkrankung in der Verordnung nicht näher erläutert wird, wirken sich die Bestimmungen vielfach zu Ungunsten der Arbeiter aus. Besonders schlimm liegen die Dinge bei den Bergarbeitern, deren Staublunge soweit entwickelt ist, dass sie die Arbeit untertage aufgeben müssen, wenn sie ihr Leben nicht riskieren wollen, die aber noch nicht als berufsunfähig im Sinne des Reichsknappschaftsgesetzes angesehen werden.



Sieg der Kaufkraft.

Amerikas Konjunktur stützt sich auf das Lohnniveau.

SPD. Sofort nach den Riesenkrachs an den nordamerikanischen Börsen trat die nordamerikanische Regierung mit einem sogenannten Arbeitsbeschaffungsprogramm auf den Plan, um das Uebergreifen der Krise von der Börse auf die Wirtschaft zu verhindern. Dieses Programm ist im Grunde genommen ein Rationalisierungsprogramm und geht davon aus, die Kaufkraft der Bevölkerung auf der alten Höhe zu halten. Denn der Techniker kann nicht rationalisieren, wenn die Bevölkerung nicht kaufen kann. Das ist die Parole der Regierung und der Wirtschaft in Nordamerika.

Seitdem sind Wochen verflossen und man hat über die Durchführung des nordamerikanischen Arbeitsbeschaffungsprogramms mancherlei gehört, Günstiges und Ungünstiges. Nun veröffentlicht die "Industrie- und Handelszeitung" Material über die Entwicklung in Nordamerika, das ohne Zweifel aus Kreisen der amtlichen deutschen Vertretung in Nordamerika stammt. Es wird festgestellt, dass die Börsenkrise wohl auf den Bondsmarkt und auf den Grundstücksmarkt zurückgewirkt habe. Im allgemeinen werde die Börsenkrise, wie sie sich immer noch auswirken möge, keinesfalls den verheerenden Charakter tragen, den sie unter gleichen Umständen in Europa haben würde. Dafür werden zwei Momente ins Feld geführt: Entlassungen von Arbeitern und Angestellten seien bis jetzt in nennenswerter Weise nicht vorgekommen. Ebenso wenig sei das Lohnniveau bedroht worden. Ueberdies sei die landwirtschaftliche Bevölkerung von der ganzen Spekulationsbewegung wenig berührt, so dass die Kaufkraft der Arbeiterklasse und der Landbevölkerung kaum geschädigt ist.

Auf dem wichtigsten Wirtschaftsgut, der Kaufkraft, baut also die neue Rationalisierung in Nordamerika auf und in dem obenbezeichneten Material wird festgestellt, dass sich die Folgen der Börsenkrise wohl in einzelnen Zweigen der Luxusindustrie und in solchen Industriezweigen zeigen, die vom Massenverbrauch bis in den Luxuskonsum hineinreichen, also in der Radio- und in der Automobilindustrie. Sonst sei die Wirtschaft intakt.

Allem Anschein nach ist es dem nordamerikanischen Präsidenten Hoover gelungen, mit Hilfe der Kaufkraft das Uebergreifen der Börsenkrise auf die Wirtschaft abzuwehren.

Dem gegenüber bedenke man, wie in Deutschland mit der wichtigsten Voraussetzung für eine gute Konjunktur, der Kaufkraft, Schindluder getrieben wird.

SPD. Die Berliner Konsumgenossenschaft erzielte im Dezember einen Umsatz von 8,265 Millionen Mark und überschritt damit zum ersten Mal die 8-Millionengrenze. Die Entwicklung geht aus folgenden Angaben hervor: 1. Million Dezember 1911, 2. Million Oktober 1915, 3. Million Oktober 1925, 4. Million Dezember 1926, 5. Million Dezember 1927, 7. Million Dezember 1928, 8. Million Dezember 1929.

Der Gesamtumsatz im Jahre 1929 beziffert sich auf 76 Millionen Mark gegenüber 60 Millionen Mark im Jahre 1928. Der Mitgliederbestand erhöhte sich in der Zeit von Juli bis Dezember 1929 um rund 22 000 auf 192 880.

Der Konsumverein Berlin ist bereits, soweit der Umsatz in Frage kommt, im November 1929 an die Spitze der 1000 deutschen Konsumvereine, die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossen sind, gerückt. Bis dahin hielt der Konsumverein "Produktion" in Hamburg diesen Ehrenplatz inne.

SPD. Der Reichsbankausweis für die Woche zum 7. Januar zeigt einen Rückgang in der Beanspruchung an den Kredit der Bank um 653,9 Millionen Mark. Bei den Beständen an Wechseln und Schecks ist ein Rückgang von 237,8 Millionen Mark festzustellen. Die gesamte Kapitalsanlage, die sich in der Woche zum 31. Dezember um 810,5 Millionen Mark auf 3.191,5 Millionen Mark erhöhte, hat sich damit auf 2.537,6 Millionen Mark gesenkt. (7. Dezember 1929 = 2.439,5 Millionen Mark). Bei den Wechseln und Schecks (Erhöhung Jahresultimo um 451,2 auf 2.607,7 Millionen Mark) ist ein Rückgang auf 2.369,9 Millionen Mark eingetreten (7. Dezember 1929 = 2.263 Millionen Mark). Die Bestände an Reichsschatzwechseln gingen um 216,8 Millionen Mark auf 23,9 Millionen Mark zurück.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 0,9 Millionen auf 2.687,6 Millionen Mark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 0,7 Millionen auf 2.283,8 Millionen Mark, die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 0,2 Millionen auf 403,8 Millionen Mark zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold allein besserte sich von 45,3% in der Vorwoche auf 49,6%, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 53,3% auf 58,4%.

Da die Geldmarktlage sich in den Hauptländern nach dem Jahresultimo sehr erleichtert hat, dürfte man auch in Deutschland bestimmt mit einer Diskontermässigung zu rechnen haben. Sehr wahrscheinlich kommt eine Ermässigung von 0,5% auf 6,5% in Frage.

SPD. Der Monat November ergab im ordentlichen Etat Einnahmen in Höhe von 694,3 Millionen Mark, Ausgaben in Höhe von 775,9 Millionen Mark und im ausserordentlichen Etat Einnahmen von 7,9 Millionen Mark, Ausgaben von 13,9 Millionen Mark.

Im ordentlichen Etat liegt für die Zeit von April bis einschliesslich November 1929 ein Ueberschuss von 72,7 Millionen Mark vor. Berücksichtigt man den Fehlbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 154,4 Millionen Mark, so stellt sich das Defizit für das laufende Etatsjahr einschliesslich November auf 81,7 Millionen Mark.

Im ausserordentlichen Etat betragen die Mehreinnahmen für die Zeit von April bis einschliesslich November 86,4 Millionen Mark. Durch den Fehlbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 904,5 Millionen Mark verwandelt sich der Ueberschuss in ein Defizit von 818,1 Millionen Mark.

Damit stellt sich der Fehlbetrag für November 1929 insgesamt auf 899,8 Millionen Mark.

Für die Kassenlage für den 30. November 1929 werden folgende Angaben gemacht: Zur Verfügung standen 1.639 Millionen Mark (Oktober 1.626 Millionen Mark). Die einzelnen Posten weisen keine wesentliche Veränderung auf, mit Ausnahme der kurzfristigen Darlehen, die sich von Oktober bis November von 268 Millionen Mark auf 344 Millionen Mark erhöht haben. Die Ausgaben erforderten im November 1.627 Millionen Mark (Oktober 1.588 Millionen Mark). Der Bestand machte 12 Millionen Mark (Oktober 38 Millionen Mark) aus.

Die schwebende Schuld, die schon von September bis Oktober 1929 von 1.152,7 Millionen auf 1.219,6 Millionen Mark angewachsen ist, erhöhte sich im November auf 1.319,2 Millionen Mark. Es liegt u. a. eine Erhöhung der kurzfristi-

gen Darlehen von 268 Millionen auf 344 Millionen Mark vor, weiter eine Erhöhung des Reichswchselumlaufs von 376,1 Millionen auf 400 Millionen Mark.

SPD. Trotz aller beruhigenden Versicherungen und Erklärungen des spanischen Diktators Primo de Riveras und trotz des Erfolges der inneren Anleihe vor 350 Millionen Goldpesetas stürzt die Peseta in wachsendem Tempo weiter. Das englische Pfund stand in Madrid vor einem Jahr auf 29,7, heute ist es auf 39 heraufgeklettert. Es ist also in einem Jahr um fast $1/3$ gestiegen.

Die Erklärung dafür ist nicht schwer zu finden: Angeblich soll die ausländische Devisenspekulation an dem Pesetensturz schuld sein, obwohl strenge Devisenvorschriften, wie wir sie von der Inflation her kennen, die Devisenspekulation sehr erschweren. In Wirklichkeit ist die Finanzpolitik der Diktatur für die Valutaverschlechterung verantwortlich zu machen, denn sie arbeitet mit ungeheuren Defiziten im ausserordentlichen Haushalt, die eine versteckte Inflation darstellen. Die Staatsschulden sind in den letzten 6 Jahren um nicht weniger als 4 Milliarden Peseten gestiegen. Dazu kommt die politische Beunruhigung des Landes, das zähe Kleben Rivieras an der Macht, obwohl sie innerlich längst brüchig ist, der unauslösbare Wechsel politischer Versprechungen, mit dem Rivera die seiner Diktatur längst müde gewordene Bevölkerung vertröstet.

Wie lange wird sich ein Regierungssystem in einem Land noch halten können, das in einer Zeit, in der in allen in die Weltwirtschaft verflochtenen Ländern die Währung bereits stabilisiert ist, es noch immer nicht zugebracht hat, seine Währung zu festigen:

SPD. Der Quartalsausweis des Ruhrtrusts für die Zeit von Oktober bis Dezember 1929 (I. Quartal des neuen Geschäftsjahres) weist einen Rückgang der Umsätze auf, und zwar haben sie sich von 402,49 Millionen Mark in der Zeit von Juli bis September 1929 auf 354,20 Millionen Mark ermässigt. Die entsprechende Zeit des Vorjahres kann man nicht zur Vergleichung heranziehen, da sie in die Zeit der grossen Aussperrung fällt. Der Umsatz machte jedoch von Oktober bis Dezember 1927 = 361,63 Millionen Mark aus, lag also etwas über dem Umsatz im letzten Vierteljahr 1929.

Die Verringerung der Umsätze im letzten Vierteljahr 1929 erklärt sich wohl dadurch, dass der Umsatz in den beiden vorhergehenden Vierteljahren ausserordentlich hoch lag. Ausserdem scheinen die Verbraucher mit Käufen in Hinsicht auf die Verbandskämpfe zurückgehalten zu haben. Weiter wird sich auch wohl die durch Geldmangel der Gemeinden erzwungene Ruhepause in der Anlagetätigkeit auswirken. Darauf hat auch der Siemenskonzern in seinem letzten Geschäftsbericht in eindeutiger Weise hingewiesen.

Die Produktion hielt sich durchweg auf dem Stand des dritten Vierteljahres. Die Kohlenförderung machte 7,35 Millionen Tonnen (3. Vierteljahr 1929 = 7,413 Millionen) aus, die Kokserzeugung 2,657 Millionen (2,709), die Roheisenproduktion 1,657 Millionen (1,68), und die Rohstahlherstellung 1,705 Millionen (1,695). Die Belegschaftsstärke zeigt sinkende Tendenz:

	<u>Ende September 1929</u>	<u>Ende Dezember 1929</u>
<u>Gesamtbelegschaft</u>	176 716	173 852
davon im <u>Steinkohlenbergbau</u>	87 085	96 086
<u>Angestellte</u>	15 331	15 404
davon im <u>Steinkohlenbergbau</u>	4 948	4 967

Bei der Entwicklung der Belegschaft macht sich jedenfalls die bessere Montan-Konjunktur geltend.

Roggen fest.

(Getreidebörse vom 9. Januar)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Donnerstag in ausgesprochen fester Haltung. Insbesondere konnte der Roggen stattliche Preisgewinne verbuchen, die sich am Zeitmarkte auf etwa 4, im Handel mit effektiver Ware auf 4-5 Mark beliefen. Massgebend hierfür war das geringe Inlandsangebot und die gebesserte Kauflust der anscheinend nur schlecht versorgten Mühlen. Aehnlich war auch die Lage im Weizengeschäft, wo sich die Preisgewinne am Zeitmarkt auf 2-3 Mark, im Locohandel auf 3 Mark beschränken. Auch im Mehlhandel waren die Mühlenforderungen zumeist um 25-50 Pfennige erhöht, ohne jedoch immer bewilligt zu werden. Hafer hatte zwar gleichfalls etwas freundlichere Stimmung, litt jedoch noch immer unter dem zu reichlichen Angebot.

	8. Januar.	9. Januar.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	245 - 247	247 - 249
Roggen	161½ - 162½	163 - 166
Braugerste	185 - 201	185 - 201
Futter- und Industrierogerste	165 - 173	165 - 173
Hafer	140 - 153	140 - 153
loco Mais Berlin	175	175
Weizenmehl	29,50 - 35,25	30,00 - 35,50
Roggenmehl	22,50 - 25,75	22,75 - 26,00
Weizenkleie	10,75 - 11,00	10,75 - 11,00
Roggenkleie	9,25 - 9,75	9,25 - 9,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen: März 268½-268¼ (Vortag 265½), Mai 278½ (276½). Roggen März 188-189½ (184), Mai 198-200½ (194¼). Hafer März 161 plus Brief (159), Mai 168 (166).

Amtliche Eiernotierung.

(9. Januar)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 16½, Klasse A 60 Gr. 15, Kl. B. 53 Gr. 13, Kl. C. 48 Gr. 10½-11, aussortierte kleine und Schmutzeier: 9. - Auslandseier: Holländer (Durchschnittsgewicht) 68 Gr. 16½, 60 bis 62 Gr. 14½-15, 57-58 Gr. 14, leichtere 11½-12½, Belgier 57-58 Gr. 14, Ungarn normale 12, Polen normale 10-10½, kleine, mittel-, Schmutzeier 8½-9. - In- und ausländische Kühlhauseier: Extra grosse 12½-13, grosse 11-11½, normale 9-10, Chi-nesen und ähnliche 9½-12½. - Kalkeier: Normale 8½-9. Witterung: schön, Tendenz flau.

Berliner Milchpreis.

SPD. Milchpreis Berlin: Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch frei Berlin = 15 Pfennige ab 10. Januar.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 3

Berlin, den 9. Januar 1930.

Erziehung zur Arbeitsfreude.^x

SPD. In den nächsten Wochen stehen wir vor den schulärztlichen Untersuchungen und Berufsberatungen der zu Ostern 1930 Schulentlassenen. Einzelne Kinder können klar und bestimmt ihre Berufswahl angeben. Oft mit einer inneren Freudigkeit, einem gewissen Hochgefühl. Bald werden sie Erwachsene sein, keine dummen Jungens, keine kleinen Mädels mehr. Vorbei ist es mit der Schule, die oft sehr lästig, häufiger noch langweilig war.

Diese frohen, bestimmt aussagenden Jugendlichen brauchen uns keine Sorge zu machen. Viel grösser jedoch ist die Zahl derer, die von unbestimmtem, von schwachem Willen sind, und derer, in denen sich durch eine vergiftete Umgebung, Elternhaus usw. der Wert der Arbeit völlig verschoben hat. In Gesprächen mit ihnen merken wir, dass ihnen das Nichtstun als höchstes erreichbares Glück vorkommt. Wie können wir unsern Jugendlichen wieder den Erlebnisinhalt der Arbeit nahe bringen, der zweifellos in jeder Tätigkeit liegt? Wie können wir die Kräfte und Fähigkeiten, die in ihnen liegen, zur rechten Entfaltung und Ausreifung nach der guten Seite hin bringen? Bei der augenblicklichen schlechten Lage des Arbeitsmarktes ist es schwer, davon zu sprechen, dass jeder ein "Gestalter neu zu schaffender Wirklichkeit" ist. Doch scheint es mir wichtig, unsere Jugendlichen wieder in die richtige innere Beziehung zur Arbeit zu bringen.

Gerade die ersten Lehrjahre verlangen vom Jugendlichen oft eine ungeheure Selbstbeherrschung und Selbsterziehung. Grausam wird wohl manchmal dann die "heissersehnte" Welt der Erwachsenen. Aber hier liegt in der Arbeit ein ungeheurer erzieherischer Wert. Das Triebhafte im Jugendlichen, das kindliche Spiel hat keinen Platz mehr, und die Arbeitsstätte wird zu einer praktischen Willenschule. Die Arbeit kann uns immer ein Erziehungsmittel, immer ein Bildungsmittel sein. Unsere Mädchen müssen oft sorgfältige Nadelarbeiten, saubere, exakte Leistungen ausfüllen, deren Wert ich nicht nur rein äusserlich sehe. Oft hat es sich gezeigt, dass wohlgeordnete Leistungen auf das ganze Wesen des Menschen einwirken. Ich erinnere beispielsweise daran, dass in Japan jugendliche Rechtsbrecher mit den schwierigen, ermüdenden Mosaikarbeiten beschäftigt werden. Nicht etwa, um sie zu quälen, sondern weil man festgestellt hat, dass man sie damit zu einer inneren und äusseren Ruhe, zur Geduld und Nachsicht bringt.

Bei der Ausbildung unserer Lehrmädels und Lehrbuben sollte darum nicht nur auf das rein Praktische, sondern auf das ganze Wesen des Menschen geschaut werden. Nicht alle unsere Jugendlichen gelangen zu einer planmässigen Ausbildung, also einer richtigen Lehrzeit. Viele von ihnen müssen lernen, vor keiner Arbeitsart zurückzusehen. Gerade auch bei ihnen muss versucht werden, die Zusammenhänge mit dem grossen Ganzen zu zeigen, damit auch ihre kleine "Gelegenheitsarbeit" ihnen Freude macht und interessant wird. Diesen Jugendlichen gegenüber sehe ich allerdings die Hauptaufgabe darin, sie "wendig" zu machen, d. h., ihnen zu helfen, sich schnell und geschickt ein- und umzustellen. Eine Erziehung zur "Lebenswendigkeit" hat manchen Menschen schon zu einem späteren ungeahnten Fortkommen geholfen. Hier kommt es natürlich vielfach darauf an, wie weit der Meister, der Gehilfe, die "Erzieher" der Arbeitsstätte es verstehen, dem Jugendlichen eine Arbeit schmackhaft zu machen.

Im Hinblick auf die baldige Schulentlassung bemerken wir in unseren Jugendlichen schon jetzt ein Drängen zur Selbständigkeit, zu einer inneren und äusseren Freiheit. Sie alle werden erfahren, dass alle Freiheit ihre Gebunden-

heit findet in der sozialen Gemeinschaft. Hier liegt auch in der Arbeit ein Erziehungsmoment, das wir nicht übersehen wollen. Gerade die Arbeit kann dem Jugendlichen zeigen, dass der Einzelne nur bestehen kann, wenn ihm der Andere dazu hilft. Gerade die Arbeitsstätte gibt Gelegenheit zum kameradschaftlichen, zum sozialen Verhalten. Stehen doch oft mehrere Arbeitende nebeneinander, die das gleiche Ziel erstreben. Für einen rechten Meister dürfte hier ein dankbares Beobachtungsfeld liegen. Ebenso darin, wie der Jugendliche die Schwierigkeiten seiner Arbeit zu überwinden sucht. Schimpfen, Fluchen, Wegwerfen von Arbeit und Werkzeug, Klagen über schlechtes Material, Weinen über misslungene Arbeit, (nicht etwa nur bei Mädchen!) zeigen uns deutlich ihre Verschiedenheit. Die impulsiven Ausbrüche der Jugendlichen sollten uns wertvolle Beobachtungen für die richtige Behandlung und Anleitung geben. Schon früh stellen sich die verschiedenen Arbeitstypen klar heraus. Einer, der immer müde ist, einer, der nie recht aufgelegt ist, einer der nie zur festgesetzten Zeit anfangen kann, einer, der nie fertig wird mit seiner Arbeit, aber doch dabei ausharrt. Der Pedant, der Feinmechaniker, der Pfuscher, einer, der nie beim vorgeschetzten Plane bleibt, der es sich einfach und bequemer macht, einer, der während der Arbeit zu komplizierteren und zu besonderen Schwierigkeiten übergeht. Alle diese Arbeitsbilder geben einen tiefen Einblick in die eigentlichen Arbeitseigenschaften. Aus ihnen kann man Fähigkeit zur Ausdauer, Auffassungsfähigkeit, Ordnungssinn, Kombinationsfähigkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Zeiteinteilungsfähigkeit usw. erkennen.

Mögen alle die Personen, die unsere Jugendlichen zur Erlangung einer Existenzmöglichkeit zu führen haben, auf die obengenannten Dinge achten, damit der junge Mensch durch die Arbeit eine Umformung und Umwertung erfährt, wie wir sie im Interesse unsres Volksganzen für erstrebenswert halten! Der Erfolg der Arbeitserziehung hängt, neben der Eigengesetzlichkeit des Jugendlichen, im wesentlichen von der Einstellung der Erwachsenen, der Eltern und Lehrer, vor allem der Meister, der "Erzieher der Arbeitsstätten", ab. Mögen alle die Personen, die Jugendliche jetzt wieder zu sich nehmen, sich dessen recht bewusst sein!

(Stadtfürsorgerin Maria Haaser (Köln.)

Die Reise nach Hollywood.^x

SPD. "Peryt Butler".

Da stand der Name, in ein Messingschild graviert, der Name, um dessentwillen sie, Ethel Druce, nach Hollywood gefahren war, dieser geliebte Name, den sie auf der ganzen Reise wie eine Zauberformel geflüstert hatte. "Peryt Butler."

Oh, Ethel besann sich in diesem Moment auf alles, was geschehen war. Auf die Uraufführung des Riesenfilmes, wie sie in einer plötzlichen Erregung den Arm ihres Vaters, der sich erschrocken nach ihr umwandte, gepackt hatte und nur flüstern konnte: "Da!" Denn er war auf der Leinwand erschienen, mit seinen tiefen Augen, mit seinem bezaubernden und geheimnisvollen Wesen, er, Peryt Butler, dessen Namen vor ihr auf dem Messingschild stand. Ethel, bekannt wegen ihrer Impulsivität, hatte sich sofort in ihn verliebt. Sie sah sich den Film zwölfmal an; öfter wurde er nämlich nicht gespielt. Und jedesmal beim Auftreten Butlers zuckte sie glühend zusammen. Sie war diesem Manne, den sie nur als Schatten, als optische Erscheinung, als Gespenst, hervorgezaubert durch die Künste der modernen Technik, kannte, rettungslos verfallen.

So war sie eines Tages fortgefahren, zum Entsetzen ihres guten alten Pappas, dem sie alles eingestanden hatte, fort auf die Suche, nach Hollywood, in die Stadt der Filmgötter. Um des Geliebten willen hatte sie den Antrag Jims abgelehnt, der ihr Peryt gegenüber nicht dämonisch, nicht genialisch genug war. Es hatte sie kaum erschüttert, als sie erfuhr, dass er plötzlich verschwunden war;

niemand wusste, wohin. Es berührte sie kaum, als gemunkelt wurde, er hätte sich ein Leid angetan. Peryt, Peryt, das war ihr einziger Gedanke. Da stand sie nun, so sorgfältig wie nur möglich gekleidet, mit einem ungeheuren Strauss gelber Rosen, und ihr Herz klopfte.

Sie klingelte. Sie war wirklich sehr gespannt, was sie ihm sagen würde. Der das wusste sie natürlich selbst noch nicht. Der Gedanke, im letzten Augenblick umzukehren, tauchte blitzartig in ihr auf. Aber da hörte sie schön Schritte. Eine Negerin steckte den wuscheligen Bubikopf durch den Türspalt, blinzelte lustig mit den Augen, als sie den Rosenstrauss sah, öffnete die Tür dann ganz, sperrangelweit, machte einen tiefen Knicks, einen Knicks, der Ethel ein wenig ironisch erschien, und fragte lächelnd: "Sie möchten Mr. Butler sprechen? Bitte!"

Zwei Herren erhoben sich, als sie eintrat. Einer kam auf sie zu, sagte irgend etwas, nötigte sie, Platz zu nehmen; sie erlebte alles wie in einem Nebel; die Kniee wurden ihr schwach; sie sank auf einen Stuhl, rang nach Atem und wagt erst nach geraumer Zeit, aufzustehen.

Ja, er war es. Und er war eine fürchterliche Enttäuschung. Du lieber Gott, er hatte sich ja einen Schnurrbart stehen lassen! Entsetzlich! Und er hatte ein gelbliche Hautfarbe und so dünnes Haar. War er es denn überhaupt? Natürlich war er es. Diese eckige Armbewegung, die ihr in dem prunkvollen Neuyorker Lichtspielhaus so hinreissend männlich und herb erschienen war, und dieses Lächeln, von dem sie geträumt hatte, waren nicht zu verkennen. Aber die Armbewegung erschien ihr jetzt krampfhaft, und war dieses Lächeln nicht das eines verbrauchten Menschen?

Die Gedanken fluteten wild durch ihr Hirn. Da sass sie nun, selbstverständlich tödlich verlegen, und sie hatte sich dieses Zusammentreffen doch so hinreissend, so überwältigend gedacht. Sie war sicher gewesen, dass sie dem Gott ihrer Phantasien und ihrer Träume als freies, keckes Wesen des Jahres 1930 entgegengetreten würde. Sie hatte geglaubt, dass es leicht sein würde, zu einem Wesen zu reden, das einen im Innersten etwas angeht. Sie hatte freilich nicht damit gerechnet, dass sie nun zu einem jemand zu sprechen gezwungen war, der sie ganz und gar enttäuschte. Am liebsten hätte sie ihn angeklagt, weil er nicht so war, wie sie ihn erwartet hatte. Aber nein, richtiger war es schon, sich selbst anzuklagen. Wie hatte sie sich nur soweit vergessen können, hierher zu reisen, einer Manne nach? Das war der verdiente Lohn für ihre kindliche Impulsivität. Da hatte sie nun die Bescherung. Sie hatte das flotte Girl spielen wollen, und nun? Hätte sie doch lieber auf ihren Vater gehört, der jetzt sicher in seinem Bureau sass und sich Kopfschmerzen über seine verlorene Tochter machte!

Sie fühlte das dringende Bedürfnis, zu weinen, bezwang sich aber, stand auf, reichte dem Filmschauspieler den Rosenbusch, der mit seinem milden Dufte das Zimmer erfüllte, und sagte, unter einem erzwungenen Lächeln: "Eine Filmenthusiastin --, Mr. Butler --, möchte Ihnen -- als Anerkennung und Gruss von -- von -- von dem Klub der Lichtspielfreunde -- --, "Cinema" -- diese Blumen überreichen." Sie konnte nicht umhin, diesen Satz, gleich, nachdem sie ihn gesprochen hatte, genial zu finden. Es gab natürlich gar keinen Klub "Cinema"; im Sprechen war ihr diese Erklärung eingefallen, schnell, unerwartet, jedoch herzlich willkommen; ihr Glückstern hatte im Augenblick dieses Einfalls gestrahlt.

Sie konnte wieder lächeln. Sie konnte in Ruhe seine Antwort erwarten. Er sagte etwas von Dank, geschmeichelt, grosse Ehre, Erwidderung der Grüsse, sehr gefreut. Der Sinn dieser Sätze drang nicht bis in die Tiefen ihres Bewusstseins vor. Sie hatte nur noch den einen Gedanken: So schnell wie möglich fort! Ein wenig ungeduldig reichte sie ihm die Hand, ihm, der grössten Enttäuschung ihres Lebens, wollte eben gehen, da sagte der zweite Herr, der bisher stumm am Fenster gestanden hatte: "Und mich übersiehst du wohl ganz, Ethel, hm?"

Sie fuhr herum und starrte den Sprecher an. Sie legte die rechte Hand auf ihre Lippen, wie um einen Ausruf der Verblüffung zu unterdrücken, und sagte dann nur: "Jim!"

Wahrhaftig, es war Jim. Er stürzte auf sie zu, schüttelte ihr kräftig beide Hände, überflutete sie mit einem Schwall von Sätzen, er lachte, ja, er begann vor

Freude tatsächlich Charlestonbewegungen zu machen. Sie sah plötzlich, wie gesund er war. Sie sah, es fehlte nicht viel, und er würde sie vor Freude umhalsen! Aber sie selbst! Was war denn mit ihr los? Warum fühlte sie sich denn auf einmal so erlöst, so geborgen, so befreit? Warum in aller Welt wurde sie denn rot, und warum klopfte ihr Herz denn so wild? Sie musste sich wieder setzen. Er erzählte, er sei hierher gekommen, um Filmschauspieler zu werden. Leider hätte er gar kein Talent. Sein grosser Lehrer, Peryt Butler, habe ihm diese betäubende Erklärung nach zwanzig Unterrichtsstunden geben müssen. Denn er, Jim, habe natürlich Filmschauspieler werden wollen, als er sah, dass sie nun einmal den Filmspleen hatte. Ob es denn noch immer so schlimm bei ihr sei, mit dem Spleen? Und so kam die Geschichte zustande. Sie antwortete nämlich: "Nein!" und lächelte ihm dabei so unverkennbar huldvoll zu, dass er einfach aufsprang, sie auf seine kräftigen Arme nahm und mehrere Male durch das Zimmer trug. Denn er war genau so impulsiv wie sie.

Später, viel später, ein Jahr nach der Hochzeit, erzählte sie ihm den wahren Grund ihrer Reise. Jim lachte eine halbe Stunde lang, lachte dicke Tränen, küsste sie dann und sagte, während noch immer Gelächter in seiner Kehle kluckerte: "Ethel, aber ein Gutes hat dein Spleen doch gehabt." Er wies auf das Bild Butlers, das an der Wand hing: "Er hat uns doch zusammen gebracht, dein Spleen!"
Kurt Miethke.

Ist das noch Volkswohlfahrt?^x

SPD. Aus der Fülle der Ministerialerlasse des preussischen Volkswohlfahrtsminister wird ein Erlass in Erinnerung gebracht, der - gelangt er zur Durchführung - einen glatten Verstoss gegen die gesetzlichen Wahlrechtsbestimmungen bedeutet. Wie ist die Bekanntmachung möglich, ohne dass sich Stimmen dagegen erheben? Liegt es daran, dass er sich gegen Jugendliche richtet, um die sich die Öffentlichkeit wenig kümmert? Der Erlass lautet: "Die Frage, ob Fürsorgezöglinge, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, gemäss § 2 Abs. 3 des Reichswahlgesetzes vom 27. April 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 627) und § 2 Abs. 3 des Preussischen Landeswahlgesetzes vom 3. Dezember 1920 (Gesetzsammlung Seite 559) in der Ausübung ihres Wahlrechts behindert sind, ist nochmals mit dem Reichsministerium des Innern, dem Preussischen Ministerium des Innern, sowie den Ministerien anderer grösserer Länder erörtert worden. Diese Erörterungen haben nunmehr zu dem Ergebnis geführt, dass die in der Anstaltspflege befindlichen Fürsorgezöglinge als behindert in der Ausübung ihres Wahlrechts anzusehen sind. Dagegen kann von den in Familienerziehung befindlichen Fürsorgezöglingen von einer "Verwahrung" im Sinne der Wahlgesetze nicht gesprochen werden. Es wird deshalb hier auch die Frage der Behinderung in der Ausübung des Wahlrechts zu verneinen sein. Mein Runderlass - III F Nr. 59/21 - vom 29. Januar 1921 tritt hiermit ausser Kraft."

Wer dünkte hier nicht an jenen anderen Erlass, der geeignet ist, den Namen des Ministers unsterblich zu machen, und der besagt: Die Mutter, die 14 Kindern das Leben geschenkt hat und sie unter schwierigen Verhältnissen so sorgfältig aufzog, dass diese Erziehung in Ansehung der wirtschaftlichen Verhältnisse ein ganz besonders Opfer darstellt und trotzdem in mustergültiger Weise geschieht, (der Erlass lautet wortgetreu so!) diese Mutter erhält bei der Geburt des 14. Kindes eine Kaffeetasse aus der Staatlichen Porzellanmanufaktur!!

Kein ganzes Service, wie es sich für eine Familie von sechzehn Köpfen, Vater und Mutter eingerechnet, eigentlich gehören würde. Eine Kaffeetasse. Eine nur. Die allerdings die Kleinigkeit von 325 Mark und 35 Pfennig kostet. Mutet ein derartiger Erlass in heutiger Zeit nicht wie eine Groteske an? Rechnete man etwa mit einem Massenabsatz zu Gunsten der Staatlichen Porzellan-Manufaktur?

tur? Kennt der Herr Minister die Wohnungen der Kinderreichen? Wer den "Stall" voll Kinder hat, braucht eher alles andere als eine Porzellantasse, für deren unleugbare Kostbarkeit kaum ein sicheres Plätzchen in der Wohnung (sprich: Kabuff) sein dürfte. Wo wäre der Schrein, der sie aufnimmt, wo kaum die aller-notwendigsten Möbel vorhanden sind, wo Margarine- und andere Kisten den Hausrat kümmerlich genug vortäuschen?

Weder der Herr Minister noch seine Herren Referenten kennen die Not der Jugend, die Umwelt und Ungunst ihrer wirtschaftlichen Klassenlage zu Fürsorgezöglingen macht. Sie kennen nicht die tief erbarmenswerten Verhältnisse, unter denen kinderreiche Eltern ihre Kinder aufziehen müssen. Schon sechs Kinder bedeuten heute Kinderreichtum! Und nun gar vierzehn - die Zahl ist kaum auszusprechen, ohne zu stottern! Nichts kennen Sie! Es fehlt jede Voraussetzung für rein menschliche Beziehungen zu den Schichten, für die sie Volkswohlfahrt vermitteln sollen. Ihre Distanz ist wie die des Mars zur Erde. Die Ausübung ihres sozial sein sollenden Berufes lässt jede positive Lebenseinstellung vermissen. Wenn Lebensnähe schon einem Minister fehlt - bei seinen Referenten ist sie unerlässliche Voraussetzung! Noch dazu bei Referenten in einem Volkswohlfahrts-Ressort. Ohne sich besonderen Illusionen hinzugeben - die Herkunft des Ministers aus der christlichen Arbeiterbewegung versprach mehr, als sie tatsächlich hält. Welt- und lebensfremde Erlasse verfallen dem Schicksal, nicht ernst genommen zu werden. Die Erlasse des preussischen Volkswohlfahrtsministers nähern sich allmählich diesem Schicksal. Schade!

Dagobert auf Zeit.^x

SPD. Sie werden zwar immer weniger getragen, die Ehe- und Verlobungsringe; viele jungen Paare heiraten gleich, ohne erst einige Zeit mit dem goldenen Reif umherzulaufen; Ehemänner tragen meistens gar keine Ringe mehr, und auch Ehefrauen setzen oft keine mehr auf. Oder vielmehr: setzen sie bald wieder ab. Denn eine Zeitlang tragen fast alle Menschen einen goldenen Ring. Er ist der Traum der jungen Mädchen geblieben, nur dass der Traum, der ihn zu tragen Anlass gibt, heute oft schnell wieder vergeht - oder die Eheleute, wo er bleibt, im Gefühl der Sicherheit ihres Bundes solch äusseres Zeichen ablehnen. Was geht es auch schliesslich andere an? Ein junges weibliches Wesen sollte nicht immer gleich als "Freiwild" angesehen und mit "Fräulein" angeredet werden, wenn es keinen Ehering trägt, der auf den Trauschein zu Hause in der Schublade hinweist.

Daneben gibt es Freundschaftsringe; Freundinnen oder junge Paare wechseln sie. Sie sind eine Angewohnheit ganz junger Leute und deshalb meist sehr wenig kostbar. Dafür hängt man umso inniger an ihnen. Später kommen die Ringe an die Reihe, die sich Frauen von ihren Freunden schenken lassen. Sie sind kostbar; sie haben meistens einen echten Brillantsplitter und sind gewissermassen das Anhängeschild für die Brieftasche und die Absichten des Freundes. Die Mädchen protzen gern damit vor ihren Freundinnen. Wenn der Freund nicht alt und reich, sondern jung ist und sich das Geld abgeknappert hat, so ist dieser Ring gewissermassen ein Vorverlobungsring: das erste Zeichen für eine ernste, feste Angelegenheit.

Wie es aber im Innern eines solchen Ringes aussieht, das habe ich bisher noch nicht gewusst. Ein Fundbüro hat am Sylvesterabend einen abgeliefert bekommen. "Dagobert, 5.7.1925 - 14.9.1929" stand darin! Eine Ehe auf Zeit? Dann muss der Ring erst nach der Ehescheidung geschenkt worden sein; sonst könnte das zweite Datum nicht darin stehen. Immerhin ein schöner Zug! Oder hat man bei Beginn des Verhältnisses hinter dem "bis" in kluger Vorsorge Raum gelassen für den Abschied? Das Verlieren des Ringes beweist jedenfalls, dass sich die neue

Mode nicht einbürgern dürfte! Ich habe einmal von einem Freund ein Zigarett~~en~~-etui geschenkt bekommen. Acht Tage später war die ganze Herrlichkeit mit ihm aus. Weitere acht Tage später liess ich das Etui in einem Café liegen. Ich habe es nicht abgeholt, weil ich einsah, dass das Liegenlassen eine Handlung meines Unterbewusstseins war, weil ich nicht mehr an den "Schurken" erinnert sein wollte!

Die ehemalige Freundin Dagoberts, die zuerst sicher gemeint hat, sie würde den Ring, "wenn's Herz auch blutet", zum ewigen Andenken tragen, hat sich in der Sylvesternacht offenbar trösten lassen. Und wenn sie den Ring doch noch vom Fundbüro abholen sollte, dann sicher nur zu dem Zweck, ihn gelegentlich mit ausgekratztem "Dagobert" weiterzuverschenken.

tana.

SPD. Indianisches Mutterrecht.^x Bei den Indianern in den südamerikanischen Staaten Bolivien und Peru, im Quellengebiet des Amazonas, sind noch deutliche Spuren und Überreste des Mutterrechtes anzutreffen. In stolzer Haltung und reich geschmückt schreitet dort die Indianerin vor ihrem lastentragenden Gatter einher, der ihr mit grosser Zärtlichkeit und Achtung zugetan ist. Auch gegenüber den Kindern hat die Frau eine beherrschende Stellung. Ausserdem besteht dort noch die Sitte eines ehelichen Probejahres, die so unausrottbar ist, dass selbst die katholische Kirche die aus Probeehen geborenen Kinder als legitim anerkennen muss. Bei allen diesen "freien" Sitten herrschen unter diesen Indianerstämmen eine Keuschheit und eine Schamhaftigkeit, die sich vorteilhaft von vielen in "Monogamie" lebenden weissen und Mischvölkern abheben.

SPD. Weibliche Aerzte in Japan.^x Rund 1500 weibliche Aerzte gibt es heute in Japan. Nachdem bereits 1885 eine Ärztin dort ihre Praxis aufgenommen hatte, beendete 1892 eine zweite Japanerin ihre medizinischen Studien. Sie hatte sehr schwer unter der Bekämpfung des Frauenstudiums durch die Männer zu leiden und gründete deshalb selbst eine medizinische Schule und nach und nach vier Krankenhäuser mit mehreren hundert Betten für Lehrzwecke, um den Medizinerinnen ihres Landes die Möglichkeit zum abgeschlossenen Studium zu geben. 1909 promovierten die ersten Medizinerinnen unter Schwierigkeiten. Bis heute jedoch sind schon 1247 Ärztinnen aus dieser Schule hervorgegangen, die auch im Dienste der Regierung und im Auslande praktizieren. In Deutschland beträgt die Zahl der Ärztinnen gegenwärtig 2334. Davon sind 423 Fachärztinnen, hauptsächlich für Frauenleiden, und 538 Assistenzärztinnen.

SPD. Italien, das Land des Kindersegens.^x Evviva Mussolini! Wie eine statistische Aufstellung bekundet, gab es im Monat Mai des verflossenen Jahres im Königreich Italien 1 532 000 Familien mit "mindestens" sieben Kindern. Und noch mehr als das: rund hunderttausend Familien wissen acht oder noch mehr Sprösslinge auf, die dereinst hoffentlich pflichteifrige und standesbewusste Faschisten werden. Den Rekord schlägt die Provinz Venedig, die allein über zweihunderttausend Familien mit einem mehr als siebenköpfigen Nachwuchs beherbergt. Ihr folgen die Lambardein, Sizilien und Toscana.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 9. Januar 1930.

Das Armband.+ -----

SPD. Grosse Premiere im Theater. Alles im Frack oder Smoking. Die Damen in grosser Toilette, mit Schmuck überladen. Neben mir im Parkett in der Mitte des Hauses eine Dame in Begleitung ihres Gatten.

Eben, nach der ersten Pause, kommen die Beiden aus dem Foyer zurück, schliessen sich durch die lange Reihe, landen schliesslich auf ihrem Platz in dem Augenblick, in dem der Vorhang hochgeht. Kaum sitzt die Dame, da springt sie auch schon wieder auf und sagt zu ihrem Gatten: "Lass mich schnell raus!"

"Nein."

"Sofort!"

"Warum?"

"Mein Armband ist weg." (Es war ein schönes, grosses Armband aus Gold, mit bunten Steinen besetzt. Ich hatte es an ihr gesehen.)

"Bleib sitzen! Du störst die Leute," zischt der Gatte.

"Gut. Dann geh Du heraus!"

"Denke garnicht daran."

"Und mein Armband? Sofort gehst Du! Ich muss es im Foyer verloren haben. Beim Herausgehen hatte ich es noch."

"Jetzt halte doch endlich den Mund! Ich bin ins Theater gegangen, um mir das Stück anzuhören. Nicht dein Gekwassel."

"Aber mein Armband. Es ist weg."

"Gottseidank."

"Gottseidank???"

"Vierhundertundfünfzig Mark habe ich erst Reparatur dafür bezahlen müssen. Ich wollte, Du würdest den ganzen Krempel verlieren. Was würde ich da sparen!"

"Du bist ein Tyrann."

"Ruhe jetzt!"

"Wenn Du nicht gehen willst, dann lass mich wenigstens!"

"Da geblieben wird!"

"Gemeiner Mensch!"

"Ruhe! Dumme Gans!"

"Lass mich raus!"

"Denke nicht dran."

"Wenn man sofort danach geht, bekommt man es wieder."

"Denkst Du."

"Man muss die Logenschliesser fragen. Und die Leute am Buffet."

"Nie kriegst Du's wieder, gottseidank."

"Man muss alle Leute fragen."

"Wegen dir werde ich das ganze Theater einer Leibesvisitation unterziehen lassen. Wenn Du's verloren hättest, würdest du es auch nicht zurückgeben."

"Doch."

"Du ausgerechnet. Dich kenne ich."

"Hönst du mich auch noch? Deine Ruhe ist direkt gemein."

"Schau auf die Bühne! Ich bin nicht mehr zu sprechen."

"Lass mich raus!"
"Denke nicht dran."
"Du kannst dir auch noch das Stück anhören, wo ich...."
"Gottseidank."
"Dein Phlegma möchte ich haben."
"Dein Wort in Gottes Ohr!"
"Ekel!"

"Lass mich raus!"
"Denke nicht dran."
"Ich spring' über die Reihe."
"Spring!"
"Na warte, wenn wir zu Hause sind!"
"Gemacht. Aber jetzt gib endlich Ruhe!"

"Ich muss doch raus."
"Noch einen Ton und --- "
"Was und?"
"Du blamierst dich und mich."
"Hä! Auf einmal blamiere ich dich. Früher war ich dir gut genug."
Er nimmt ihre Hand ebenso langsam wie fest.
"Du, ich schreie."
"Bitte!"
"Ich könnte dir eine runterhauen."
"Versuch's!"
"Ich lasse mich scheiden."
"Einverstanden."
"Und so was lebt!"

"Nachher krieg' ich's bestimmt nicht mehr."
"Nein."
"Lass mich raus!"
"Nein."
"Hund!"

Der Vorhang fällt. Die Dame springt auf. Ihr Sitz klappt hoch. Und aus den Polstern hüpf das Armband vergnügt und klingend auf die Erde. Er grunzt wohlgefällig: "Na ja, ich habe es ja gleich gesagt." Mario Mohr.

Ein Schmuggler erschossen.

SPD. Der Gelegenheitsarbeiter Kl. aus Eschweiler, der schon mehrfach wegen Schmuggels vorbestraft ist, wurde gestern nachmittag von Zollbeamten wieder beim Schmuggeln erwischt. Da er auf Anruf nicht stehen blieb, schossen die Beamten. Kl. wurde von drei Kugeln tödlich getroffen. Er hinterlässt Frau und fünf Kinder.

Eine kleine Zeitungsnotiz unter den vielen, meist mit Titeln wie: Seltsamer Vorfall - Aus Liebe in den Tod - Eine lebende Fackel - Ein Polizeibeamter gesteinigt - usw. geschmückten Nachrichten "Aus aller Welt", die der Leser täglich mehr oder weniger sensationslüstern überfliegt. Gewohnheitsmässig. Über dem nächsten schon den voraufgegangenen Fall vergessend. Wer denkt sich

viel dabei? Die immer neuen Anhäufungen dieser "kleinen" Verkehrs- und Betriebsunfälle, Unterschlagungs-, Einbruchs- und Morddelikte, der Überfälle, Eisenbahn- und anderer Katastrophen, all dies stumpft zuletzt ab; man liest und vergisst, gefühllos fast, höchstens ein bisschen neugierig. Wie jene erschrecklich naiven Zuschauer bei einem Hausbrande: "Ach, schon gelöscht!? Dazu hätte man doch nicht so zu rennen brauchen!"

Ein Schmuggler erschossen. Was weiter? Hätt' er doch die Finger davon gelassen, wo's eine so gefährliche Sache ist! - Wie aber, wenn man einmal diesen täglichen Fall etwas näher, etwas mitmenschlicher betrachtete? Worin bestand das Verbrechen? Er hat die Gesetze übertreten, die gerade an den "Grenzen" besonders scharf zu respektieren sind. Aber hätten die Gesetzeshüter überall wie hier das Recht, jeden Übertreter, der sich nicht gutwillig stellen mag, niederzuknallen, wer ausser diesen Hütern bevölkerte dann wohl noch diese kostliche Erde? Und wahrlich, es gibt schlimmere Rechtsbrecher als die Schmuggler, die nämlich, die bei den "grossen" Sensationen mitwirken. Oder wären die grossen und die ganz grossen Aktionen, die Millionenschwindel, Fälschungen, Bestechungen, Unterschleife, darüber Banken und Handelsgesellschaften und mitunter auch hohe Ämter und Persönlichkeiten wie Kartenhäuser zusammenkrachen, diese Verfehlungen grossen Stils, weniger schlimm? Skandale, die den Volksbesitz bedrohen, die nationale Ehre gefährden, die Gesetze bis in die hemmungsloseste Willkür hinein missbrauchen. Korruption, splitternackt, schamlos beinahe. Demagogie, der politische Mord, der gewissenlose Terror einer reaktionären Kaste, die dreist und zynisch die Pfosten der Gesetzhäuser umschwelt.

In den Schwurgerichtssälen bewegen sich die Prozesse mehr und mehr auf dem Niveau der vornehmen Welt. Und das alles wickelt sich dabei in recht konventionellen, ja, fast verbindlichen Formen ab - und beileibe wird nicht gleich geschossen, es sei denn, es macht das einer mit sich ganz allein ab. Ja, nicht selten greift man auf das Erlöserwort zurück: Wer sich frei von Schuld weiss, werfe...! Warum denn aber nun den kleinen Schmuggler oder den armseligen Kleinknecht gar so hart anpacken? Weiss man denn, ob dieser Schmuggler, den drei Kugeln zum toten Mann machten, wirklich ein solch abgefemter Verbrecher war, dass er diese forsche Tat rechtfertigte? Ein armer Teufel war er zweifellos. Vielleicht dachte er sich nicht mehr Unrechtes dabei, als wenn ein sonst ehrsammer Mann eine unrichtige Steuererklärung abgibt. Vielleicht war auch etwas Sportleidenschaft dabei, wie sie der Glücksspieler so gut wie der Boxer in sich haben. Und wer unter uns möchte den Stein aufheben, wer, der nie bei der Steuer gemogelt, der nie gespielt hätte - das Boxen, geb' ich zu, ist schon ein Stück roher. Vielleicht war der nun erschossene Schmuggler sonst ein Mensch, vollkommen ungefährlich, der keinem Tier Böses zufügte, geschweige einem Menschen - das ist doch denkbar. Vielleicht auch schmuggelte er, weil er sonst kein Brot für die Frau und die fünf Kinder hatte. In diesem Falle wär's doch geradezu Lebensnotwehr gewesen, die ihn trieb. Hand aufs Herz; wer von uns, der irgendwo mal eine Landesgrenze passierte, hat nicht schon einmal, und war's auch nur eine Kleinigkeit, geschmuggelt? Und hat gesagt: Nein!, wenn der Revisor fragte: Haben Sie was zu verzollen? Wenn man uns nun alle gleich erschossen hätte!

Eine kleine Zeitungsnotiz. Man sollte wirklich ein wenig darüber nachdenken. Sollte sich fragen, ob es denn noch zu verantworten ist, dass man einen Menschen niederknallt, der sich eine ganz kleine Grenzverschiebung hat zuschulden kommen lassen. Der arme Kerl hat sich am Ende nicht viel anderes dabei gedacht als ein Junge, der über'n Zaun weg einen Apfelbaum besucht. Der Junge macht auch flinke Beine, sobald der Bauer ihm hinterdrein kommt - aber der Bauer darf und will doch nicht gleich schiessen. Und besteht nicht über allen diesen Paragraphen ein noch weit höheres Gesetz, das alles Totschiessen verbietet? So wurde uns wenigstens von Jugend auf gelehrt!

Ach, wie schön wäre das, wie menschlich schön - wenn einmal alle, aber

auch alle Schuss-, Hieb- und Stichwaffen, überhaupt jedes, das dem andern Gewalt antun will, vernichtet würde! Grenzenlos schön wäre das! - - Aber ich fürchte, bis das geschieht, wird wohl noch mancher Schmuggler erschossen werden. Und dann liest man immer wieder die kleine Zeitungsnotiz, und keiner denkt sich viel dabei.

Karl Schneider - de Witt.

Das Gespensterrecht.+

SPD. Die Gespensterfurcht war in früheren Zeiten so allgemein verbreitet, dass es nicht verwundern kann, wenn sogar ernsthaftere Menschen sich in einer unkomisch anmutenden Weitschweifigkeit mit Gespenstern beschäftigen zu müssen glaubten. Die sehr umfangreiche Dissertation "De jure spectrorum", die im Jahre 1700 in Halle erschien, ist eins der interessantesten Bücher über die Gespenster, nicht zuletzt deshalb, weil der Verfasser der berühmte Rechtslehrer Johann Samuel Stryck war. Man ist fast versucht, zu sagen: schade, dass die böse Aufklärung schnöderweise dieses ganze schöne und unendlich spasshafte System über den Haufen geworfen hat; das amüsante "Gespensterrecht" wäre sonst unstreitig eine blühende Oase in der öden Wüste der anderen, doch zuweilen recht trockenen Spezialrechte geworden, Trost und Erholung für manchen Rechtsstudierenden.

Stryck stellt in der Einleitung seines tiefgründigen Werkes seinem geehrten Leserkreise erst einmal die verschiedenen Arten der Gespenster vor: Teufel, Kobolde, Bergmännlein, Feldgeister usw. Dann beginnt in vorbildlicher systematischer Ordnung die Aufzählung und Besprechung der durch die Gespenster entstehenden Rechtsfälle. Einige von ihnen sind besonders lehrreich, zum Beispiel die Frage, ob der Ehemann Scheidung der Ehe verlangen könne, wenn seine bessere Hälfte zu den bedauerlichen Wesen gehört, die besonders von den Gespenstern gepeinigt wurden. Stryck verneint das; ein Verlöbniß könne freilich deshalb aufgelöst werden, eine Ehe dagegen nicht. Der Ehemann müsse also geduldig den Spuk zusammen mit seinem angetrauten "Eheglück" ertragen. Rücksichtsloser ist Stryck jedoch gegen die Hauswirte, die ihr Haus, in dem Geister ihr Unwesen treiben, an irgend einen Ahnungslosen verkauft haben. Da das Haus durch die Gespenster völlig wertlos geworden sei, könne der unglückliche Käufer Klage erheben und Rückerstattung des Kaufpreises sowie Zahlung einer angemessenen Entschädigung für den ausgestandenen Schrecken verlangen. Kann aber schon ein Kaufvertrag angefochten werden, so natürlicherweise recht ein einfacher Mietkontrakt. In beiden Fällen muss freilich der Kläger den Beweis erbringen, dass nicht er selbst die Gespenster in das Haus gezogen hätte, sondern dass diese schon vor seinem Einzuge darin gewesen seien. Könne der Käufer oder Mieter diesen Nachweis nicht erbringen, so stünde es dem Verkäufer oder Hauseigentümer zu, die Injurienklage zu erheben. Einschränkend meint jedoch Stryck in ermunterndem Tone, dass man nicht bei dem kleinsten, harmlosesten Spuk gleich klagen solle. Wenn die Sache nicht übermäßig gefährlich aussehe, irgendwelche Gespensterlein mit ganz und gar sekundärer Bedeutung irgendwo in einem ganz entfernten Winkel des Hauses ein wenig herumrumoren, so solle man nur ruhig wohnen bleiben.

Ferner verlangte Stryck ganz kategorisch, dass den Delinquenten, die anzuführen vermögen, dass sie vom Teufel oder anderen "höhersituierten" Geistern zu ihrer Tat unter Drohungen gebracht wären, unbedingt mildernde Umstände in weitgehendstem Masse zuzubilligen wären. Es ist anzunehmen, dass mancher diese prachtvolle Eselsbrücke gebraucht hat, und ewig schade, dass das heute nicht mehr gelten soll: es wäre doch eine wunderschöne Ausrede für "die armen, geplagten Kriminellen" der Neuzeit.

Stryck erging es mit seiner tiefschürfenden Dissertation, wie es noch

heute in der wissenschaftlichen Welt mit so vielen Werken erlauchter Geister geht. Ein anderer Rechtsgelehrter kam, Karl Friedrich Romanus, der 1703 das unwiderstehliche Bedürfnis in sich fühlte, die Welt mit einem noch spitzfindigeren und gelahrteren Machwerk zu beglücken. An seinem "Schediasma polemicum expendens quaestionem an dentur spectra, magi et sagae" ist nicht nur der Titel ausserordentlich schön, sondern auch die Zusammenstellung ungezählter Zitate, durch die bewiesen werden sollte, dass die Geisterfurcht derart gross wäre, dass auch der harmloseste Gespensterspuk den Käufer oder Mieter eines Hauses unbedingt berechtige, den Kauf- oder Mietvertrag ohne weiteres zu lösen.

Ja, wie gesagt, wenn die böse Aufklärung nicht gekommen wäre, welche wundervollen Perspektiven eröffneten sich uns heute.....? Rolf C. Reiner.

Sensation im Lesesaal.

SPD. Alle Tage fast suche ich einen öffentlichen Lesesaal auf. Es sitzen dort tagein, tagaus etwa ein Dutzend Männer. Sie haben ihre Zeitung vor sich, machen ernste Gesichter und verursachen keine anderen Geräusche als die durch das Umwenden der Blätter, ein gelegentliches Schneuzen oder das Geschlüpf nach dem Zeitungshalter bedingten. In einer erhöhten Nische, an einem Katheder, sitzt die Aufsichts-dame, ein Fräulein von vorgerückter Jugendlichkeit, und übt die Funktion der Saalüberwachung durch die blossige Gegenwart ihrer physischen Person aus. Wir kennen das Fräulein, und sie kennt uns. Wir haben uns unsere Gesichter wechselseitig eingeprägt, aber es hat sich doch daraus kein Vertrauensverhältnis entwickelt. Wir verharren in Reserviertheit vor-, in Ungeklärtheit der Beziehungen zueinander, und ich zum Beispiel bin mir noch nicht einmal im klaren darüber, ob wir miteinander auf dem Grussfusse stehen. Sie scheint in keiner weniger prekären Lage als ich zu sein, und es hat sich die Übung herausgebildet, dass ich mich, während des Öffnens der Tür und kurz darnach, zunächst einmal in dem Saal umblicke, ehe ich den unvermeidlichen Blick nach dem Katheder wende. Mittlerweile hat das Fräulein ihren unvermeidlichen Blick nach dem Ankömmling beendet und ihre Augen wieder auf ihre Lektüre oder ihre Schreibearbeit gesenkt. Der vermiedene Gruss ist dadurch völlig der Sphäre der Gesinnungen entrückt und auf das Gebiet der tendenzlosen Zufälligkeiten verschoben worden.

So also stehe ich zu dem Fräulein, und so ungefähr stehen wir alle zu ihr. Ohne dass wir freilich, in diesem Milieu der Buchstabenhungrigkeit und des Einspinnens in geistige Thesen, Zeit fänden, uns bewusst Rechenschaft darüber abzulegen, ahnen wir verworren in ihr ein schlicht-harmloses Menschenkind, mit dem man sich wohl leidlich gut über allgemeine Lebensdinge verständigen könnte. Immerhin haftet ihr hier, verstärkt durch ihre Verpflichtung zur Aufsichtsführung, etwas Kaltes, Lebloses an. Wir haben in vielen Monaten, manche sogar schon in vielen Jahren, kein menschliches Verhältnis zu ihr gewonnen, und diese Beziehungsleerheit ist zum Zustand erstarrt. Sie und wir: wir respektieren uns, aber wir reden nicht miteinander. Wir leben aneinander vorbei.

Da geschah gestern etwas Merkwürdiges. In einem bestimmten Augenblick wurde die Tür . . . nein, nicht nur aufgeklint, sondern: wirklich geöffnet, und herein . . . nein, nicht geschlichen, sondern: wirklich gegangen kam ein junger, rotwangiger Mann. Er bewegte sich, in völliger Ahnungslosigkeit gegenüber den hier herrschenden Gepflogenheiten, mit lauthallenden Schritten nach dem Katheder des Fräuleins und . . . nein, er tuschelte durchaus nicht mit ihr, sondern sprach sie mit freundlichem Lachen laut an und erkundigte sich nach irgend einem Branchenadressbuch, von dem er gehört habe, dass es hier zur Einsichtnahme ausliege.

Die Unterbrechung des ewigen Schweigens, das sonst hier waltete, und das noch keiner von uns jemals ernstlich zu stören sich unterfangen hatte, zog unsere Aufmerksamkeit in höchstem Masse auf sich. Das Fräulein antwortete unwillkürlich mit ähnlicher Lautstärke, wie der Frager sie aufgewendet hatte, und wir bemerkten dabei zum ersten Male, dass sie ein angenehmes, weiches Organ besass und beim Lächeln Grübchen bekam. Es entwickelte sich ein kleiner Disput zwischen den Beiden, der, auf dem Hintergrund eines durchaus sachlichen Gehrens des Fremden, doch ein paar humorvolle Wendungen und einmal sogar die Andeutung einer galanten Harmlosigkeit im Gefolge hatte. Es war ein menschliches Gespräch mit menschlichen Stimmen, das der Eindringling mit dem Fräulein pflog, und als er sein Vorhaben durchgeführt hatte, verabschiedete er sich von ihr mit einigen freundlichen Sätzen, die das Fräulein lächelnd erwiderte. Dann schritt er geräuschvoll hinaus, wohl immer noch völlig unorientiert darüber, dass seine Natürlichkeit ein Aufsehen erregendes, einmaliges Kuriosum in diesem Saale bedeutete.

Allmählich erst sank der Stimmungswirbel, den der Fremde aufgequirlt hatte, wieder in sich zusammen. Mit innerlicher Verwunderung darüber, dass so etwas hier möglich sei, kehrten wir zu unserem Beruf des Seitenumwendens, des Geschnuezes und des Geschlurfes nach dem Zeitungshalter zurück. Über das Gesicht des Fräuleins war eine leichte Röte geflogen. Sie fühlte sich auf verbotenen Wegen ertappt und schämte sich ein wenig, innerhalb von ein paar Minuten einem Fremden mehr von ihrer Art und ihrem Wesen offenbart zu haben als uns, mit denen sie täglich die stundenlange Gemeinsamkeit des Raumes verband, seit vielen Jahren.

Drago.

SPD. Revolte im Erziehungshaus und im Kino. Der nach dem gleichnamigen Reportagestück Peter Martin Lampels angefertigte Film "Revolte im Erziehungshaus" - der mehrfach von der Zensur zurückgewiesen und erst nach stärkeren Schnitten freigegeben wurde - kam am 8. Januar in einer Nachtvorstellung im Berliner "Capitol" zur Uraufführung. Das Publikum begleitete die entscheidenden Szenen des Stückes mit stürmischem Beifall, Das wiederholte Auftreten der Polizei, eingesetzt, um die im Erziehungshaus entstandene Revolte niederzuschlagen, wurde von einem lebhaften Pfeifkonzert illustriert. Ob diese entschiedene Stellungnahme auch dann eingetreten wäre, wenn dem filmischen Erlebnis nicht das theatermässige vorangegangen wäre, kann dahingestellt bleiben. Tatsächlich ist der Film matter als die Theaterreportage, die - gleichgültig, ob sie einseitig ist oder nicht - seinerzeit mit Recht das grösste Interesse erregte und starken Abänderungswillen gegen die geschilderten Zustände erzeugte.

Mit Renate Müller, Oskar Homolka, Wolfgang Zilzer, Karl Balhaus, Toni van Eyck sind ausgezeichnete Schauspieler am Werke. Das Werk hat jedoch den Fehler einer viel zu engen Anlehnung an die Bühnenreportage. Das Thema ist nicht nach den dem Film eigenen Gesetzen bearbeitet. Die Handlung verläuft zwar in einem ganz flotten Tempo, doch läuft sie dem Zuschauer, weil immer neue Motive dazwischen geschaltet werden, tatsächlich im wörtlichen und bildlichen Sinne fort. Und wenn es zum Schlusse zu sehr starken Aufruhrszenen kommt, so spürt man in Georg Asagaroff einen Regisseur, der zwar ein sehr begabter Augenmensch, aber kein psychologischer Vertiefer ist. Die Dinge wirken einfach nicht glaubhaft, und deshalb bleibt die letzte Ergriffenheit aus.

Ego.

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.
Deutsche Rechte: Th. Knauer Nachfg.

3)

SPD. Brown warf dem Pferd die Zügel auf den Hals und bemühte sich, mit beiden Händen das Band seiner grünen Schutzbrille am Hinterkopf aufzuknoten. Als es ihm gelungen war, liess er die Gläser von den Augen sinken und folgte mit dem Blick der weisenden Hand. Dann sagte er:

"Bäume - ein ganzer Haufen Bäume, Bestimmt."

"Na, na". Bell rutschte zweifelvoll auf dem Sattel herum.

"Eine Fata Morgana."

"Kein Bein", entgegnete Brown, "ganz richtige Palmen, Herr Sergeant. "Wo unter goldnen Palmen die silberne Quelle singt."

"Schön. Danke Ihnen. Reiten Sie auf Ihren Platz zurück."

Der Sergeant wandte sich zu seinem Unterführer. "Er hat recht, Bell."

Der Unteroffizier blies die Luft durch die Lippen. "Kann sein. Oder kann nicht sein. Der ist doch auf jeden Fall verrückt. Nennt sich "Künstler."

"Aber ein guter Soldat ist er", antwortete der Sergeant.

"Na ja - ich habe sicher schlechtere erlebt."

Sie ritten schweigend weiter. Unmerklich änderte der Sergeant die Richtung, so dass er jetzt, anstatt nach dem Kompass zu marschieren, die ferne Unterbrechung der Wüsteneintönigkeit zum Ziele nahm.

Brown hatte recht: es war keine Fata Morgana, sondern Bäume und Wasser; ein grüner Fleck in der Weite, der glühenden, hitzeatmenden, braunen und grauen Trostlosigkeit.

Aber sie brauchten noch fünf Sekunden, um hinzukommen, eigentlich im ganzen sogar sechs, denn um sieben liess der Sergeant halten, und alle Pferde bis auf zwei absatteln. Sie hatten noch ein wenig Wasser und Proviant für Mensch und Tier - allerdings war das Essen bei dem quälenden Durst schwer hinunterzuwürgen.

Eine Stunde lang lagen die Männer im Sand und kämpften schweissüberströmt mit der Hitze; auch drei der Pferde hatten sich gelegt. Geredet wurde nur wenig sie waren zu müde; Durst und Unbehagen überwogen alles andere. Die Sonne brannte auf die Schutzlosen nieder.

Nur Hale sprach: "Was ist Mesopotamien?" fragte er zum Himmel empor. Er lag mit ausgestreckten Armen und Beinen auf dem Rücken, den Kopf auf einem doppelt zusammengelegten Leinwandimer. "Was ist Mesopotamien? Ein verdammtes riesiges Geschwitze mit 'nem Fluss mitten durch! Was sieht der Soldat rings um sich! 'n grossen Haufen Nischt!" Keiner antwortete, keiner lachte. Er hob den Kopf und betrachtete seine Nachbarn. "Arme lieben Kleinen", sagte er dann, liess sich zurücksinken und sang, als er wieder ruhte, leise vor sich hin:

"Schö-hö-ner Abendste-bern

Leu-heuchtest so kla-har;

Schö-hö-ner Abendste-bern

Mi-bit deiner..."

Er brach plötzlich ab, als Sanders, der in seiner Nähe lag, aufstand und wegging. Er folgte ihm mit den Augen und rief ihm nach: "He! He, du! Sanders! Magst du meinen süssen Tenor nicht leiden?"

"'s ist nicht deine Stimme!" Abelson sprach hinter seinem liegenden Pferde vor. "'s sind die unanständigen Worte, die gerade kommen sollten!... Blödes Pucktetengesichte!" Er warf sich schnell herum und packte Sanders, der gerade an ihm vorbeiging, am Knöchel, so dass er krachend mit dem Gesicht in den Sand schlug. Abelson lachte bellend auf.

"Ruhig. Abie", sagte Hale. "Lass das arme Luder in Ruhe". Er richtete sich auf. "Wie wär's mit 'nem schönen Stück Schweinebraten?"

Abelson sprang auf und näherte sich Hale mit den schnellen und klaren Schritten eines geübten Boxers; Morelli erhob sich interessiert, Cook und MacKay rollten herum, um zuzusehen. Hinter ihnen richtete sich Sanders langsam auf; seine Augen, seine Nase, sein Mund waren voll Sand. Unbeholfen versuchte er ihn zu beseitigen, ohne augenscheinlich den Streit der anderen zu beachten; aber seine Augen waren wild.

Abelson stand vor dem Londoner.

"Ich habe zu viele solche Bemerkungen von dir hören müssen", sagte er, "verstehst du? Steh auf! Los! steh auf!"

Hale blieb sitzen. Er warf den Kopf zurück und grinste den Juden an. "Moses", meinte er freundlich, "wofür hältst du mich eigentlich? Du bist ein professionelles Leichtgewicht; ich nicht. Wenn du den Versuch machst, mit mir anzubinden, dann schlage ich dich dabinein, wo es am wehesten tut." Er hob drohend seine Hand. "Ich meine, was ich sage, Aaron. Komm ran, mein Junge, und ich mach dich haremreif, eh' du dich's versiehst!"

Abelson duckte sich; sein Mund bewegte sich krampfhaft, ohne dass ein Ton hörbar wurde. Er schien sich im nächsten Augenblick auf seinen Gegner stürzen zu wollen, als der Sergeant befahl:

"Satteln! Vorwärts! Bisschen dalli! Abelson!"

"Herr Sergeant?" Der Jude drehte sich langsam um.

"Sie nehmen jetzt Leutnant Hawkins Pferd. Lassen Sie sich's von Pearson geben. Macht schnell, Kerls!"

Abelson nahm seinen Sattel vom Boden. "Das fehlt mit gerade", knurrte er. "Und du, Hale, du schmieriger Esel, wart's ab!... Dir werd' ich's noch besorgen!"

Viertes Kapitel.

Sie ritten weiter. Die Sonne sank tief und tiefer, bis sie plötzlich verschwand.

Der Mond stand als silberne Sichel im flimmernden Seidengrün des Himmels. Er durchflutete den Himmel und glitt in beweglichen Flecken unaufhörlich über den Sand, badete die höher gelegenen Stellen der Wüstenebene in Silber und warf schmale schwarze Schatten in Vertiefungen, die bei Tage unsichtbar blieben. Er täuschte Kühlung und einen nach der leidenschaftlichen Wildheit der Sonne wahrhaft ekstatischen Frieden vor.

"Warum", fragt Brown den Himmel, "macht der Mond so still?" "Still", wiederholte Morelli, "du bist entzückend! Ist es in dieser verwünschten Gegend nicht immer so still wie in Aberdeen am Kollektetag? Still! Huh!"

Brown drehte den Kopf. "Du armes Aas", sagte er, "du erbärmliche, halbportionige, finnenhirnige Fehlgeburt! Du sägespänggefüllter, zwitschernder Quadratnischel!"

Morelli lachte. "Immer zu, oller Hartschädel!"

"Kannst du nicht sehen", fuhr Brown fort, "was ich meine? Die Sonne tönt, nicht wie eine Trommel, oder dein Schnarchen, oder eine platzende Granate; es ist weiter nichts als ein ungeheures Strahlen. Dann kommt der Mond, das Strahlen verschwindet und eine unvermessliche Stille folgt." Er liess die Zügel fallen und dehnte mit ausgestreckten Armen seine schmerzenden Muskeln. "Herrgott!" meinte er dann, "das möchte ich malen - wenn ich könnte! Ich möchte...."

"Was ich möchte", fiel Morelli ein, "ist ein Glas Bier - kaltes Bier! So verdammt kalt müsste es sein, dass ich vor Schmerz brüllen würde, wenn es mir in die Eingeweide läuft!"

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Wie sie lügen.

Zum Breslauer Krankenkassenprozess.

SPD. Am Sonnabend wird vor dem grossen Schöffengericht in Breslau ein Beleidigungsprozess gegen die "Schlesische Zeitung" zur Verhandlung kommen. Kläger ist der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Breslau. Die "Schlesische Zeitung" hat in der Hetze gegen die Krankenkassen eine Art Rekord aufgestellt. Lange hat der Ortskrankenvorstand geschwiegen. Da aber der Stank und Zank in der "Schlesischen Zeitung" immer schlimmer und eine schwere Anschuldigung nach der anderen gegen den ehrenamtlich tätigen Vorstand erhoben wurde, musste zur Klage geschritten werden, um einmal an den Hetzern und Verleumdern ein Exempel zu statuieren.

Die Schriftleitung der "Schlesischen Zeitung" muss vor Gericht den Nachweis erbringen, ob der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau planlos ein Bauvorhaben durchgeführt und 3 ½ Millionen Mark verpulvert hat, ob infolge des Umbaus des Verwaltungsgebäudes hohe Krankenkassenbeiträge erhoben, die Leistungen für die Versicherten gekürzt und die Kassenärzte in ihren Einnahmen geschädigt wurden. Dieser Nachweis dürfte der Schriftleitung sehr schwer fallen, wie sich aus folgendem Sachverhalt ergibt: Das Anwachsen der Mitgliederzahl der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau - zur Zeit sind 170 000 Mitglieder gemeldet - und der grosse Geschäftsverkehr, den das Arbeitslosenversicherungsgesetz verursachte - es gehen täglich 9 000 bis 10 000 Menschen in den Räumen des Verwaltungsgebäudes ein und aus - machten es zu einer unabwendbaren Notwendigkeit, unverzüglich entweder ein ganz neues Verwaltungsgebäude zu errichten oder die unzulänglichen Raumverhältnisse durch einen Erweiterungs- oder Umbau zu verbessern. Der Vorstand entschied sich für einen Um- und Erweiterungsbau und den dadurch notwendig gewordenen Ankauf verschiedener Grundstücke. Arbeitgeber und Versicherte haben nahezu einstimmig die Beschlüsse für das Bauvorhaben gefasst. Auch der Erweiterungsbau wurde 1927 mit den Stimmen der Arbeitgeber beschlossen. Widerspruchslos und einstimmig erfolgte auch 1928 der Ankauf der wichtigsten Grundstücke.

Die Interessen der Versicherten wurden durch das Bauvorhaben in keiner Weise geschädigt. Die Kassenbeiträge wurden schon im Jahre 1927 von 7,5 auf 7,2 % herabgesetzt; das Sterbegeld wurde vom 30= auf den 40=fachen Betrag des tatsächlichen Arbeitsverdienstes erhöht, die bedeutenden Mehrleistungen der Kasse würden uneingeschränkt beibehalten, wobei zu beachten ist, dass die Familienhilfe in Breslau sozial mustergültig ist. Die Kasse hatte 1928 85 499 arbeitsunfähige Kranke zu betreuen; die Ausgaben stiegen gegenüber dem Vorjahr um rund 800 000. Die Aerzte hatten sich über ihre Bezahlung nicht zu beklagen. Ihr Honorar stieg in der Zeit seit 1927 von 20,65 % auf 22,66 % der Gesamtausgaben der Kasse. Die Ausgaben für Arznei und Heilmittel sind von 1 999 229 auf 2 205 722 Mark im Jahre 1928 gestiegen; pro Mitglied erhielten sich die Ausgaben von 12,76 auf 13,72 Mark. Die Zahl der Rezepte stieg von 1 063 499 auf 1 170 248. Keine Grosstadt hat so viel Unterstützungsempfänger wie Breslau. Hier kommen 68 Unterstützungsempfänger auf 1 000 Einwohner, in Berlin 42, in Leipzig 29, in Frankfurt/Main 21. Wir sehen, dass die schlechten Gesundheitsverhältnisse in Breslau die A.O.K. stark belasten. Trotzdem gelang es ihrem Vorstand, der nach der "Schlesischen Zeitung" 3 ½ Millionen verbuttert haben soll, den Erweiterungs- und Umbau

im Interesse der Versicherten sozusagen umsonst zu schaffen. Es wurden keine Beiträge erhöht und keine Leistungen gekürzt; im Gegenteil: den steigenden Verpflichtungen gegenüber den Versicherten ist die Krankenkasse trotz Erweiterungsbau vollkommen gerecht geworden.

Die "Schlesische Zeitung" hat also glatt verleumdet. Ihre Schriftleitung ist ein würdiger Bundesgenosse der Horneffer, Haartz und Konsorten; denn auch sie hat keine Ahnung von der Krankenversicherung. Nach dem Gesetz darf der Krankenkassenvorstand ohne Erlaubnis der Aufsichtsbehörde nichts unternehmen, was den Interessen einer geordneten Buch- und Rechnungsführung der Krankenkasse zuwiderlaufen würde. Dazu gehört auch die Einholung der Genehmigung der Aufsichtsbehörde zum Bau von Krankenkassenverwaltungsgebäuden. Das Versicherungsamt Breslau hat die Baugenehmigung erteilt.

Der Breslauer Krankenkassenprozess, auf dessen Verlauf und Ausgang man gespannt sein darf, zeigt, dass Ministerialdirektor Grieser vom Reichsarbeitsministerium zu Beginn des vorigen Jahres im Beisein von Vertretern des Reichs und der Länder, der Reichsbank und der Versicherungsträger nicht zu viel gesagt hat, als er feststellte: "In der Presse wurde planlos gelogen, die Angriffe auf die Versicherungsträger entsprechen nicht der Wahrheit." Es wurde das ganze Jahr über planlos und unverschämt weitergelogen.

SPD. Die J.G. Farben haben für die 7 000 Arbeiter ihres Höchster Werkes fünf Tage Kurzarbeit angeordnet. Angesichts der besonders erbärmlichen Chemielöhne trifft diese Massnahme die Arbeiterschaft sehr schwer. Die Werksleitung hat am Freitag erklären lassen, dass sie von jedem einzelnen Arbeiter Einverständnis durch Unterschrift verlange oder in seinem Arbeitsantritt am nächsten Montag die stillschweigende Zustimmung zu der neuen Regelung der Arbeitszeit erblicke.

SPD. Die Bewertung, Eingruppierung und Besoldung der technischen Beamten - sowohl der mit Fachschulbildung als auch der handwerksmässig vorgebildeten - ist in den deutschen Besoldungsgesetzen bisher noch nicht befriedigend geregelt worden. Die technische Arbeit trat bei den Behörden und öffentlichen Verwaltungen erst im Laufe der letzten Jahrzehnte stärker in den Vordergrund. Man behalf sich zunächst mit einer Eingliederung und Anpassung an die ursprünglich nur für die Verwaltungsbeamten gedachten Bestimmungen und Vorschriften. Auch das Besoldungsgesetz von 1927 ist in erster Linie aufgebaut auf der Bewertung und Ausbildung der Verwaltungsleute. Die Eigenart der technischen Arbeitsleistung fand in den geltenden Vorschriften nicht im entferntesten die notwendige Berücksichtigung. Die Regierung liess daher schon vor langer Zeit ankündigen, dass die Bewertungs- und Besoldungsverhältnisse der technischen Beamten nachgeprüft würden. Die Organisationen der technischen Beamten wurden jedoch zu dieser Nachprüfung nicht hinzugezogen. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat deshalb jetzt gemeinsam mit der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, dem Bund der technischen Angestellten und Beamten, der Beamtenabteilung des Deutschen Werkmeisterverbandes, dem Einheitsverband der Eisenbahner und dem Reichsverband der Steuer- und Zollbeamten eine Denkschrift über die Besoldung der technischen und handwerksmässig tätigen Reichsbeamten ausgearbeitet. Darin werden genaue bis ins einzelne gehende Vorschläge zur Verbesserung der Eingruppierung und Besoldung der technischen Beamten gemacht.



Lohnsteuererstattung für 1929!

Wer ist erstattungsberechtigt?

SPD. Bei der Lohnsteuer werden im Gegensatz zur veranlagten Einkommensteuer die besonderen Verhältnisse des einzelnen nicht berücksichtigt. Um diesen Mangel, der in der besonderen Technik des Lohnsteuerabzuges begründet ist, wenigstens zum Teil auszugleichen, besteht die Möglichkeit für eine nachträgliche Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeit in den Erstattungen der im Vorjahr entrichteten Lohnsteuer. Diese Verminderung der im Vorjahr getragenen Steuerlast ist hauptsächlich für die Fälle vorgesehen, in denen der Lohnsteuerpflichtige durch Verdienstausschlag nicht in den vollen Genuss der steuerfreien Beträge gekommen ist. Wenn ein Arbeitnehmer z.B. wegen Arbeitslosigkeit während einer bestimmten Zeit des Jahres keinen Lohn bezogen und keine Steuer entrichtet hat, so konnten ihm auch für diese Zeit nicht der steuerfreie Lohnbetrag und die festen Familienermächtigungen angerechnet werden. In diesen Fällen erfolgt die Berücksichtigung der steuerfreien Beträge nachträglich auf dem Wege der Erstattungen.

Das Recht auf Erstattung ist in den letzten Jahren immer mehr in Anspruch genommen worden. Die grosse Erwerbslosigkeit in den vergangenen Jahren hat nicht nur den Kreis der Erstattungsberechtigten ständig erweitert, sondern auch die Kenntnis von der Möglichkeit der Erstattungen hat sich immer mehr verbreitet. So erklärt es sich, dass die ausgezahlten Erstattungen von Jahr zu Jahr grösser wurden. Während im Jahre 1926 = 45,6 Millionen M. erstattet wurden, belief sich dieser Betrag im Jahre 1929 auf rund 67 Millionen. Insgesamt sind in den letzten vier Jahren rund 250 Millionen Mark an gezahlter Lohnsteuer zurück erstattet worden.

Diese Summe zeigt die grosse Bedeutung, die die Erstattungen für die Lohnsteuerpflichtigen gewonnen haben. An dieser Bedeutung haben die Erstattungen für das Jahr 1929 nichts verloren. Die wachsende Erwerbslosigkeit im vergangenen Jahre hat das Heer der Erstattungsberechtigten stark vermehrt. Es ist zu wünschen, dass jeder Berechtigte seinen Anspruch auch tatsächlich erhebt und damit in den Genuss der oftmals nicht unwesentlichen Beträge kommt. Im folgenden sei darauf auf die Bestimmungen hingewiesen, die von den Erstattungsberechtigten bei ihren Anträgen beachtet werden müssen.

Wer ist erstattungsberechtigt?

Wer im Jahre 1929 einen Verdienstausschlag gehabt hat, z.B. wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Aussperrung, Streik und Kurzarbeit und dadurch nicht in den Genuss der tatsächlichen Freibeträge gekommen ist;

wer durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse in seiner Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt worden ist, z.B. durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder oder mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendungen für seine berufliche Fortbildung;

wer Lohnsteuer bezahlt hat, obwohl der Arbeitslohn nicht höher war als die gesetzlichen Freibeträge;

wer die Steuer auf Grund unrichtiger Berechnung gezahlt hat, bei dem z.B. statt der festen nur die prozentualen Familienermächtigungen freigelassen worden sind. Dieser Grund wird jedoch nicht berücksichtigt, wenn der unrichtige Abzug von dem Steuerpflichtigen selbst verschuldet worden ist.

Wieviel wird erstattet?

Jahresbeträge unter 4 Mark werden nicht erstattet;
niemals mehr als im Kalenderjahr 1929 an Lohnsteuer gezahlt worden ist;
bei Verdienstaussfall für jede volle Woche (sechs Wochentage zu je 8 Stunden = 1 Woche) folgende nach dem Familienstand abgestufte Pauschbeträge :

ledig	1,80 RM
verh. ohne Kinder	2,00 "
" 1 Kind	2,20 "
" 2 Kinder	2,60 "
" 3 "	3,55 "
" 4 "	5.-- "
" 5 "	6,95 "
" 6 "	8,85 "
" 7 "	10,75 "
" 8 "	12,70 "
" 9 "	14,60 "

bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen ein Betrag, der vom Finanzamt nach pflichtgemäßem Ermessen festgesetzt wird;

bei einem Jahreseinkommen, das die Freigrenze nicht überschritten hat, der volle gezahlte Lohnsteuerbetrag;

bei Kurzarbeitern und sogenannten unständigen Arbeitern der Unterschiedsbetrag zwischen der einbehaltenen Steuer und der sich nach Absetzung der Freigrenze und Familienermässigung ergebenden Steuer.

Wann, wo und wie müssen die Anträge gestellt werden?

Die Anträge müssen in der Zeit vom 1. Januar 1930 bis zum 31. März 1930 gestellt werden. Anträge, die später einlaufen, werden nicht berücksichtigt.

Die Anträge sind dem Finanzamt einzureichen, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 10. Oktober 1929 seinen Wohnsitz gehabt hat.

Die Anträge wegen Verdienstaussfall müssen durch Einreichung eines vorge-druckten Formulars, das auf den Finanzämtern kostenlos erhältlich ist, gestellt werden. Bei Anträgen wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse muss eine eingehende Darlegung dieser Verhältnisse, sowie die Höhe der besonderen Aufwendungen angegeben werden.

Welche Unterlagen müssen dem Antrag beigelegt werden?

Die Steuerkarte 1929. Wenn Steuermarken verwendet worden sind, sind die heklebten und entwerteten Einlagebogen oder die Bescheinigung des Finanzamts über die bereits erfolgte Ablieferung dem Antrag beizufügen.

Bescheinigungen der Arbeitgeber über die Höhe des Lohns, der einbehaltenen Lohnsteuer, die Dauer der Krankheit usw.

Bescheinigung der Krankenkasse, wenn der Verdienstaussfall wegen Krankheit erfolgte, Beilegung der Erwerbslosenkontrollkarte oder Bescheinigung des Berufsverbandes, wenn der Verdienstaussfall wegen Erwerbslosigkeit, Aussperrung oder Streik eintrat.

SPD. Die Stadt Breslau setzt sich gegen den Vertrag, den der Linke-Hofmann-Busch-Konzern mit Krupp und Henschel abgeschlossen hat, heftig zur Wehr. Der Vertrag zwischen diesen drei Unternehmen sieht die Abtretung des Breslauer Lokomotivbetriebes von Linke-Hofmann an die beiden westdeutschen Werke vor, während Krupp als Gegenleistung seinen Waggonbetrieb an Linke-Hofmann abtritt und Henschel dem Breslauer Werk Aufträge für Lastwagenkarosserien garantiert.

Unter Berufung auf die katastrophale Lage auf dem Breslauer Arbeitsmarkt hatte die Stadt Breslau, als Grossaktionär von Linke-Hofmann, schon vor Monaten gegen eine beabsichtigte Stilllegung des Lokomotivbaues scharfen Protest eingelegt. Jetzt hat die Stadtverordnetenversammlung einen Zentrumsantrag angenommen, der den Magistrat ersucht, alle Schritte zu unternehmen, um die

Stilllegung zu verhindern. In dem Antrag wird darauf hingewiesen, dass 500 Arbeiter und Angestellte durch den Verzicht auf die Lokomotivfabriken beschäftigungslos würden.

Es ist bekannt, dass Schlesiens Landeshauptstadt von sämtlichen deutschen Hauptstädten am meisten unter Arbeitslosigkeit zu leiden hat. Der Widerstand des Breslauer Stadtparlamentes gegen jeden Abbau in der Breslauer Industrie ist daher verständlich. Eine andere Frage aber ist, ob dieser Widerstand nicht doch wirtschaftliche Notwendigkeiten dem lokalen Interessen unterordnet. Der Lokomotivbau bei Linke-Hofmann gilt schon seit drei Jahren als Verlustbetrieb. Auf der andern Seite bildet das Rückgrat von Linke-Hofmann der Waggonbetrieb, der einer der grössten Europas ist. Was liegt näher, als im Rahmen der Rationalisierung den rentablen Waggonbau zu stärken und den Verlustbetrieb abzustossen? Auch die Notwendigkeit eines Abbaus von 500 Mann halten wir nicht für gegeben, denn der grösste Teil der qualifizierten Lokomotivbauer dürfte im allgemeinen Maschinenbau und in anderen Abteilungen unterkommen. Es wäre daher zu wünschen, dass das Breslauer Stadtparlament seine Stellungnahme in dieser Frage doch noch ändert.

SPD. Die Reichsregierung wird wahrscheinlich schon nächste Woche die erhöhten Roggen- und Weizenzölle in Kraft setzen. Nach Mitteilung des Deutschen Landwirtschaftsrats hat die Zollberechnungsstelle des Reichsfinanzministeriums auf Grund der Roggen- und Weizennotierungen in Berlin, Breslau, Königsberg bzw. Magdeburg für die Monate Oktober bis Dezember 1929 einen Durchschnittspreis von 173,23 Mark für Roggen und von 229,23 Mark für Weizen ermittelt. Da sich die Durchschnittspreise unter den gesetzlich festgelegten Preisen (230 Mark für Roggen und 260 Mark für Weizen) bewegen, hat der erhöhte Weizen- bzw. Roggenzoll in Kraft zu treten.

Die Heraufsetzung der Zollsätze ist zunächst eine formale Angelegenheit, da infolge des Vertragsverhältnisses zwischen Deutschland und Schweden von der Heraufsetzung nur 3 Länder, nämlich Australien, Kanada und Polen betroffen werden. Polen scheidet von vornherein aus, da hier noch ein Kampfszoll von 10 Mark besteht. Kanada kann nicht liefern, weil seine grossen Ausfuhrhäfen gegenwärtig eingefroren sind. Auch für Australien kommen Lieferungen nicht in Frage, weil die Länder der südlichen Halbkugel vor der Ernte stehen. Erst wenn der schwedische Reichstag, der Ende dieses Monats zusammentritt, die neue Regelung angenommen hat, tritt der erhöhte Zoll von 9 bzw. 9,50 Mark tatsächlich in Kraft. Das wird allem Anschein nach nicht vor Mitte Februar erfolgen.

SPD. Die Rationalisierung in der Lokomotivindustrie ist auf ein unerwartetes Hindernis gestossen und zwar ist es der bayerische Staat, der aus partikularistischen Motiven heraus die Auswirkungen der Kombination Henschel-Maffei fürs erste unterbunden und die Angelegenheit völlig verfahren hat. Gegenwärtig wird zwischen den Interessenten verhandelt, ohne dass bisher ein Ergebnis erzielt worden wäre.

Die vor Jahresfrist erfolgte Übernahme der Aktien der Münchener Lokomotivfabrik Maffei durch die Henschel A.-G. in Kassel war eine direkte Folge der Rationalisierung im Bereich der deutschen Industrie. Der Henschelkonzern wollte die Münchener Lokomotivenproduktion in sein Kasseler Hauptwerk überführen und das Münchener Werk mit anderen Erzeugnissen seines Unternehmens beschäftigen. Einer solchen Reorganisation stand jedoch die Bemühung der bayerischen Regierung entgegen, die nicht nur an den 1922 vereinbarten Länderquoten für den Lokomotivenbau festhält, sondern seit Jahr und Tag eine Erhö-

hung der bayerischen Quote von bisher 4,91 auf mindestens 8 % fordert. In Sachverständigenkreisen hält man einen selbständigen bayerischen Lokomotivenbau ohne Hinzunahme anderer Produktionen auch dann noch für unrentabel, wenn die bayerische Forderung nach Erhöhung der Quote auf 8 % durchginge, weil ihr immer noch eine gesamte preussische Quote von 81,50 % gegenüberstünde. Bei dieser Sachlage ist die Firma Henschel naturgemäss an ihrem Münchener Unternehmen nicht mehr interessiert und versucht nun das Maffei-Aktienpaket wieder abzustossen, d.h. der früheren Besitzerin (Familie Maffei) zurückzugeben. Das hat aber seine Schwierigkeiten, weil die Familie Maffei gewisse Entschädigungen für die eingetretenen Wertminderungen fordert. Die Entwicklung bei Maffei ist keineswegs günstig. Maffei hat schon 1928 mit hohen Verlusten gearbeitet; das Ergebnis im Jahr 1929 ist noch gar nicht zu übersehen. Die Maffei-A.G. ist mit weit über 12 Millionen Bankschulden belastet, wovon der Löwenanteil von über 10 Millionen auf die D.D.-Bank entfällt. Eine durchgreifende Sanierung Maffei's ist also unerlässlich. Man wird aber vorher die Auseinandersetzungen zwischen Maffei und Henschel abwarten müssen, die noch nicht geklärt sind. Die endgültige Sanierung wird natürlich Sache der beteiligten DD.-Bank sein; die Frage ist, ob diese geneigt ist, die sehr hohen Verluste abzuschreiben und genügend neues Geld in den Betrieb hineinzustecken.

Eine Sanierung durch den bayerischen Staat, von der da und dort die Rede ist, kommt selbstverständlich nicht in Frage. Auch von einer Finanzierung durch die Stadt München kann keine Rede sein. Staat und Stadt haben aber grösstes Interesse daran, dass der Betrieb in München verbleibt. Wie auch die Entscheidung ausfallen wird, die bayerische Regierung will nach wie vor an der bayerischen Lokomotivbauquote festhalten.

SPD. Der Oberbürgermeister von Düsseldorf teilte der Öffentlichkeit dieser Tage Details aus den zwischen der Stadt Düsseldorf, dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (RWE) und der Ruhrgas A.G. seit Wochen geführten Verhandlungen mit. Bei diesen Verhandlungen geht es um den Anschluss des Düsseldorfer Wirtschaftsgebiets an der RWE und die Ruhrgas und zwar scheint der Düsseldorfer Kommunalpolitik der Abschluss eines ähnlichen Vertrages vorzuschweben, wie ihn die Stadt Köln mit der Ruhrgas getroffen hat. Ein Verkauf des modern eingerichteten Düsseldorfer Elektrizitätswerks soll nicht in Frage kommen. Man will vielmehr, wenn wir die Ausführungen des Düsseldorfer Oberbürgermeisters richtig auslegen, eine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft gründen, in die allem Anschein nach Düsseldorf Teile seiner Energiebetriebe einzubringen hat. Die ganze Transaktion dürfte sich nach Auffassung des Düsseldorfer Oberbürgermeisters dadurch erleichtern, dass Düsseldorf der grösste kommunale Aktionär des RWE ist.

Bei dem Düsseldorfer Geschäft scheinen nicht Kapitalgründe, wie das anderswo meistens der Fall ist, sondern Belieferungs- und Preisgründe ausschlaggebend sein. Die Strompreise des RWE sollen für die Grossabnehmer erheblich unter den städtischen Preisen liegen. Ausserdem beziehen die Werke in Düsseldorf, die zu den grossen Montankonzernen im Ruhrgebiet gehören, Gas zu günstigeren Bedingungen als die nichtkonzernierten Betriebe. Der Düsseldorfer Oberbürgermeister betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer Preisangleichung durch die Zusammenarbeit mit dem RWE und der Ruhrgas, um der Abwanderung industrieller Betriebe aus dem Düsseldorfer Wirtschaftsbezirk vorzubeugen.
